

GEW

EuWiS

April 2018

Zeitung "Erziehung und Wissenschaft im Saarland" des Landesverbandes der GEW im DGB

WAS IST DIE WAHRHEIT?



BILDUNG. WEITER DENKEN!



Thema: Was ist die Wahrheit?

Editorial 03

Thema: Was ist die Wahrheit? 04

- 04** Historiker im Dienste der Vertuschung
- 07** Erlöse uns
Interview mit dem Historiker Rainer Gries
- 08** Der Wert der Wahrheit
Kommentar
- 09** Warum der Umgang mit der Wahrheit die Demokratie bedroht ... und warum uns das möglicherweise alle betrifft.

Jugendhilfe 10

- 10** Arbeitsbelastung im Bereich KITA
Ergebnisse der Umfrage | Teil 2

Hochschule 13

- 13** „Wir müssen lauter und sichtbar werden!“
DaF/DaZ-Lehrkräfte setzen sich für bessere Arbeitsbedingungen ein

Schule 15

- 15** Kreativ im Konflikt
Gewaltprävention einmal anders

Gewerkschaft 16

- 16** FG Gemeinschaftsschule bekräftigt ihre bildungspolitischen Forderungen

- 17** a.o. Gewerkschaftstag 2018
Terminankündigung

- 17** Erste Warnstreiks im Saarland

- 18** Auf ein Neues ...
Klausurwochenende der Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe

- 19** Die Überlastungsanzeige -
Rechtliche Wirkung und notwendiger Inhalt
Personalräteschulung

- 20** Zentrale 1. Mai-Kundgebung im Saarland

Bücher & Medien 21

- 21** So spannend kann ein Buch über Schule sein
- 21** Kitainklusion
Wege zur gelingenden Umsetzung
- 22** Depression überwinden
Peter Brills „Kompass“
- 22** Die Lehrer-Challenge

Geburtstage & Jubiläen 23

- 23** April 2018
- 23** Schlusswort



Öffnungszeiten der Geschäftsstelle

Mo. - Do.: 09.00 - 12.00 Uhr | 13.00 - 16.00 Uhr
Fr.: 09.00 - 12.00 Uhr | 13.00 - 15.00 Uhr
Telefon: 0681 / 66830-0,
Telefax: 0681 / 66830-17
E-Mail: info@gew-saarland.de
Internet: http://www.gew-saarland.de

GEW-Service

Beratungszeiten für Mitglieder in Rechtsfragen

Mo., Di. u. Do.: 08.30 - 16.30 Uhr,
Mi.: 13.00 - 17.00 Uhr

Landesstelle für Rechtsschutz

Gabriele Melles-Müller,
Tel.: 0681 / 66830-13,
E-Mail: g.melles-mueller@gew-saarland.de
Fr.: 13.00 - 16.00 Uhr unter
Tel. (priv.): 0170 / 4151006

Beratung für Referendarinnen und Referendare

Andreas Sánchez Haselberger, Tel.: 0681 / 66830-14
E-Mail: a.sanchez@gew-saarland.de

Beratungsdienst für Auslandsaufenthalt von Lehrkräften

Susanne Torazzina
Tel.: 0170 / 9655772
E-Mail: susannetorazzina@t-online.de

Redaktionsschluss

06.04.2018
(Mai-Ausgabe)

07.05.2018
(Juni-Ausgabe)

E-Mail: redaktion@gew-saarland.de

Impressum
Herausgeber

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB,
Landesverband Saarland, Geschäftsstelle:
Mainzer Str. 84, 66121 Saarbrücken
Tel.: 0681 / 66830-0, Fax: 0681 / 66830-17
info@gew-saarland.de

Satz, Gestaltung
Bärbel Detzen
b.detzen@gew-saarland.de

Druck
COD Büroservice GmbH
Bleichstraße 22, 66111 Saarbrücken
Telefon: 0681 / 393530, info@cod.de

Redaktion
Helmut Bieg,
Thomas Bock (verantw.),
Dr. Judith Frankhäuser,
Anna Haßdenteufel,
Matthias Römer,
Helmut Stoll

Bildnachweis
u.a. fotolia.de, privat
Titelfoto
fotolia.de/©magele-picture

Anzeigenverwaltung
Andreas Sánchez Haselberger
a.sanchez@gew-saarland.de
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der GEW wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

angesichts einer Welt, in der krude Lügen der Mächtigen einfach als alternative Fakten schön geredet werden, in der gefühlte Wahrheiten zu Faktenresistenz führen oder geschickt lancierte Desinformation Zorn und Hass gegen ganze Bevölkerungsgruppen oder engagierte Bürger befeuert, geraten wir Pädagogen schon in Bedrängnis, wenn es darum geht, Kindern und Jugendlichen beizubringen, dass Vertrauen Ehrlichkeit bedingt und dass beide für ein friedliches Zusammenleben unabdingbar sind. Denn: Wir können sie noch so sehr erziehen, sie machen uns ja eh alles nach.

Aus verschiedenen Perspektiven will diese Ausgabe einen Fokus legen auf den Umgang mit der Wahrheit. Obschon die Wahrheit zu

allen Zeiten ein dehnbarer Begriff war – Beispiele für dreiste Lügen als Rechtfertigung fragwürdigen politischen Handelns mit jeweils katastrophalen Folgen lassen sich in allen Epochen der Menschheitsgeschichte finden – so ist sie doch im Digitalzeitalter unter besonders harten Beschuss geraten.

In seinem Artikel Historiker im Dienste der Vertuschung nimmt der Journalist Julian Bernstein die geschichtsklitternde Aufarbeitung der NS-Vergangenheit des langjährigen Ministerpräsidenten (und Kultusministers) Franz Josef Röder unter die Lupe. Aus dem Gespräch mit dem Historiker Rainer Gries erfahren wir, was uns für Propaganda so empfänglich macht, aber auch wie wir stark bleiben, um ihr zu widerstehen. Anna Haßdenteufel beleuchtet die Bedrohungen, die im „Zeitalter des Postfaktischen“ auf unsere Demokratie einwirken. Matthias Römer richtet den Blick auf die jüngsten Unachtsamkeiten im Umgang mit der Wahrheit in unserem politischen Nahfeld und warnt vor den damit einhergehenden Glaubwürdigkeitsverlusten der Politik und wie dadurch dem Populismus weiterer Boden bereitet wird.

Zu den am besten verdrängten Wahrheiten in unserem Land gehört mit Sicherheit die katastrophale Unterfinanzierung des gesamten Bildungsbereichs. Für den Bereich der frühkindlichen Bildung wird dies in der Auswertung unserer Umfrage zur Arbeitsbelastung im Bereich KITA sehr greifbar und für den Bereich Schule sprechen die zahlreichen Überlastungsanzeigen verschiedener Schulen sowohl im Primar- als auch im Sekundarbereich eine eindeutige Sprache.

Eine mögliche Erklärung dafür, dass Politiker der Wahrheit oft so verhalten begegnen, könnte laut George Bernard Shaw darin begründet liegen, dass es für einen Politiker gefährlich ist, die Wahrheit zu sagen. Die Leute könnten sich daran gewöhnen, die Wahrheit hören zu wollen. ■

Eine interessante Lektüre wünscht euch
Thomas Bock

ANZEIGE



COD Büroservice GmbH
Mainzer Straße 35 66111 Saarbrücken
Tel. 0681 39353-51 Fax 0681 6852301
print@cod.de www.cod.de



Historiker im Dienste der Vertuschung

Hermann Röchling, Oscar Orth – das Saarland tut sich schwer mit seiner Geschichtsschreibung und vor allem mit seinen Säulenheiligen, die doch so wichtig sind für die Identität des kleinen Landes. Nun ist ein weiterer Held der Saar ins Visier der Historiker geraten: der langjährige Ministerpräsident Franz Josef Röder (CDU). Um ihn und seine NS-Vergangenheit hat sich ein spannender Historikerstreit entwickelt, der einiges aussagt über die politische Kultur im Land, aber auch über die Frage, ob die Wahrheit auch im Saarland Wahrheit ist. Aufgedeckt haben Röders Nähe zum Nazi-Regime die Saarbrücker Hefte. Wir haben den Journalisten und Hefte-Redakteur, Julian Bernstein, gebeten, den Konflikt aus seiner Sicht nachzuzeichnen.

Als der Geschäftsführer der Heinrich-Böll-Stiftung Saar, Erich Später, vor 15 Jahren Franz Josef Röders NS-Vergangenheit zum ersten Mal thematisierte, gab es keinerlei öffentliche Reaktionen. Dabei hatte es der Aufsatz in sich: Röder ist am 1. August 1933 der NSDAP beigetreten, war dort in einem Absatz zu lesen. Von nun an war eine Information in der Welt, die nicht nur der CDU nicht gefiel, sondern die saarländische Identität insgesamt tangierte. Denn die Erkenntnis, dass mit der zweiten Saarabstimmung zahlreiche frühere Nazis – Röder inklusive – wieder in Amt und Würden kamen, passt nicht so recht zu den Feierlich-

keiten, mit denen man alle paar Jahre die Wiedereingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik begeht.

Auch dem bisherigen Röder-Bild entsprach diese Information nicht. Der langjährige Ministerpräsident galt bis dahin unbestritten als Lichtgestalt, die, wie es heute noch auf den Webseiten der Konrad-Adenauer-Stiftung nachzulesen ist, während des Nationalsozialismus dem „resistenten katholischen Milieu“ zuzurechnen war. Dass sich Röder verhältnismäßig früh der NSDAP angeschlossen hat, hätte nach der Veröffentlichung von Späters Aufsatz zumindest in darauffolgenden Publikationen zu einer Neubewertung der politischen Karriere Röders führen müssen. Die Landeshistoriker machten allerdings dort weiter, wo sie aufgehört hatten: Tauchte der Name Röder irgendwo auf, wurde geflissentlich darauf geachtet, die Nähe des späteren CDU-Politikers zum NS-Regime unter den Tisch fallen zu lassen. Paul Burgard etwa, Mitarbeiter des Landesarchivs, veröffentlichte in seiner 2010 erschienenen „Kleinen Geschichte des Saarlandes“ eine Eloge auf den „Landesvater“ – jeglicher Hinweis auf Röders nationalsozialistische Vergangenheit fehlt. Selbst noch in einem im Jahr 2012 erschienenen Artikel – Röders NSDAP-Karteikarte konnte man längst auf Wikipedia einsehen – brachte der derzeitige Leiter des Saarbrücker Stadtarchivs, Hans-Christian Herrmann, das

Kunststück fertig, diese Information der Öffentlichkeit vorzuenthalten.

Das ganz dreiste Verschweigen fand erst im Jahr 2013 sein Ende. Die Zeitschrift Saargeschichten – Redakteur ist unter anderem Paul Burgard – veröffentlichte einen Artikel mit dem Titel „Im Schatten der Geschichte“. Der Autor Peter Wettmann-Jungblut, ebenfalls im Landesarchiv tätig, ging in seinem Text in die Offensive: Als erster Historiker überhaupt wertet er Röders plötzlich „aufgetauchte“ Entnazifizierungsakte aus. Auch wenn die von Wettmann-Jungblut präsentierten Ergebnisse eher spärlich waren, auf den ersten Blick erscheint dieser Artikel als Fortschritt, wird doch Röders NS-Vergangenheit hier zum ersten Mal seitens der etablierten Geschichtswissenschaft ausführlich thematisiert. Eine Analyse des Textes ist jedoch dazu geeignet, das Vertrauen in weite Teile der saarländischen Historikerzunft zu erschüttern.

Für seinen Artikel wertet Wettmann-Jungblut ein spannendes Dokument aus: ein dreiseitiges persönliches Schreiben Röders, indem sich der spätere CDU-Politiker für seine NS-Aktivitäten rechtfertigt. Röder räumt darin teils bekannte Tatsachen wie seine NSDAP-Mitgliedschaft ein, die, wie er schreibt, natürlich nur rein nominell bestanden hätte. Weitaus interessanter ist, dass Röder in dem Schreiben auch bis dahin Unbekanntes

erwähnt – zum Beispiel eine Mitgliedschaft im Schlägertrupp der Deutschen Front, dem Ordnungsdienst (siehe abgebildeter Ausschnitt aus dem Schreiben). Ein wenig kryptisch gesteht er zudem ein: Aus seiner „rein äusserlichen Zugehörigkeit zum Ordnungsdienst“ habe er seinerzeit ebenfalls eine Mitgliedschaft in der saarländischen SA „konstruiert“, ohne dieser aber, wie er weiter ausführt, „jemals angehört zu haben“. Röder räumt hier also eine Zugehörigkeit zur saarländischen SA ein, um sie im nächsten Halbsatz wiederum zu leugnen. Wie immer man nun Röders verlausulierte Eingeständnis einer „konstruierten“ SA-Mitgliedschaft interpretieren mag – erwähnenswert ist der Fund einer solchen Textstelle allemal. Wettmann-Jungblut bringt es jedoch fertig, wörtlich von der betreffenden Seite zu zitieren, ohne diese für die Bewertung von Röders NS-Vergangenheit überaus relevanten Informationen zu benennen. Ebenso wenig erwähnt der Autor Röders offizielle Parteifunktion als Zellenleiter der NSDAP in Den Haag, die der spätere „Landesvater“ gleichfalls in dem Schreiben eingesteht.

Es ist nicht nur diese äußerst selektive Zitierweise, auf die man häufig – nicht nur bei Wettmann-Jungblut – stößt. Nicht mehr zu leugnende, belastende Quellen werden gerne absichtlich falsch interpretiert oder mit abstrusen Argumenten beiseite gewischt. Neben dem Hinweis auf eine SA-Mitgliedschaft in Röders Schreiben gibt es eine weitere Quelle, die eine Zugehörigkeit zur Sturmabteilung nahelegt: ein Brief von Röders Vater an NS-Behörden aus dem Jahr 1937. Darin schreibt der Vater, sein Sohn sei während des Abstimmungskampfes Mitglied der SA gewesen. Wettmann-Jungbluts eigenwillige Erklärung: Vater Röder müsse hier schlichtweg die Uniformen verwechselt haben. Röder Junior sei nämlich auch im NSKK gewesen, dem nationalsozialistischen Kraftfahrkorps, und die Uniformen sähen nun mal ganz ähnlich aus. Diese vermeintliche Erklärung präsentierte der Archivar im Sommer 2016 auf einer Podiumsdiskussion im Saarbrücker Schloss, wohlgermerkt in vollem Wissen um die Tatsache, dass Röder ja selbst immerhin eine „konstruierte“ Mitgliedschaft eingesteht. Die Zuschauer hingegen wussten nichts von dem zusätzlichen Hinweis auf eine SA-Mitgliedschaft Röders, hatte Wettmann-Jungblut diese Textstelle – wie übrigens auch den Brief von Röders Vater – in seinem zuvor erschienenen Aufsatz doch nicht erwähnt. Man muss kein Experte sein, um zu erkennen, dass es sich hier um Geschichtsklitterung handelt – betrieben von einem promovierten Archivar, beschäftigt im Öffentlichen Dienst.

Der Fall Röder

Anmerkungen zum Umgang deutscher Zeitgeschichte

Keine Frage: In der Regel freut es einen Autor, wenn sich Kollegen auf sein Buch beziehen. Anders verhält es sich, wenn die eigene Position auf den Kopf gestellt wird.

Dieses Schicksal ist meiner Habilitationsschrift widerfahren. Auf sie bezieht sich Hans-Christian Herrmann in seiner Biographie über Franz Josef Röder, und zwar im Zusammenhang mit dessen Tätigkeit in den Niederlanden zwischen 1937 und 1945. Aus der Tatsache, dass der spätere saarländische Ministerpräsident in meinem Buch über die Politik des hochrangigen NS-Funktionärs Arthur Seyß-Inquart nicht erwähnt wird, glaubt Herrmann ableiten zu dürfen, dass Röder keinerlei Bedeutung für die unerhörten Verbrechen gegen die Menschlichkeit besessen habe, die die deutsche Besatzungsmacht während des Zweiten Weltkriegs in den Niederlanden zu verantworten hatte. Dabei lässt der Leiter des Saarbrücker Stadtarchivs außer Acht, dass meine biographische Studie über Seyß-Inquart nicht einmal ansatzweise alle NSDAP-Mitglieder unter die Lupe nehmen konnte und wollte, die in der NS-Zeit in den Niederlanden aktiv geworden sind.

Hätte Herrmann dem Vortrag beigewohnt, den ich am 27. Oktober letzten Jahres in der Politischen Akademie der Stiftung Demokratie gehalten habe, hätte er übrigens gelernt, dass ich Röders NS-Vergangenheit sehr kritisch betrachte. Wie im Internet auf einem YouTube-Mitschnitt nachzuhören ist, sehe ich in Röder einen jener Parteigenossen, die sich freiwillig und sehr engagiert in die nationalsozialistische Besatzungspolitik in den Niederlanden ein-

gebracht haben. Es ist somit inhaltlich widersinnig und methodisch unzulässig, meine wissenschaftliche Arbeit für eine Entlastung Röders in Anspruch zu nehmen. In dieser Hinsicht betätigt sich Herrmann geradezu als Wiederholungstäter: Wie ebenfalls auf YouTube dokumentiert ist, hatte er mich schon auf der Podiumsdiskussion „Röders braune Spuren?“ vom 8. Juli 2016 als Kronzeugen missbraucht. Das ist genauso inakzeptabel wie der Versuch der Konrad-Adenauer-Stiftung, Röder in ihrem Internetauftritt in die Nähe des Widerstands gegen die NS-Herrschaft zu rücken.

Herrmann bleibt letztlich weit hinter dem aktuellen Forschungsstand zurück, zu dem insbesondere Erich Später und Julian Bernstein wichtige Beiträge geliefert haben. Um endlich zu einem angemessenen Bild von Röders Biographie zu gelangen, wäre es bitter nötig, systematisch historische Quellen aus niederländischen Archiven zu durchforschen und in den Kontext der deutschen Besatzungspolitik im Zweiten Weltkrieg zu stellen. Auf dieser Grundlage ließe sich nicht zuletzt die Frage nach Kontinuitäten und Brüchen in der saarländischen Geschichte des 20. Jahrhunderts qualifizierter bewerten, als Herrmann dies tut. Auf jeden Fall könnte der Fall Röder ein weiterer Anlass sein, den Umgang der deutschen Nachkriegsgesellschaft mit einer vergifteten Vergangenheit selbstkritisch zu beleuchten. Gut acht Jahrzehnte nach Entfesselung des Zweiten Weltkriegs käme ein derartiges Unterfangen keineswegs zu früh.

PD Dr. Johannes Koll, Wien

Die großen und kleinen Manipulationen in den Texten Peter Wettmann-Jungbluts sind alles andere als ein Einzelfall. Sie finden sich in ähnlicher Form auch bei Stadtarchivar Herrmann, der jüngst eine Röder-Biografie veröffentlicht hat. Der Archivleiter erwähnt zwar diesmal Röders NSDAP-Mitgliedschaft, ein Wort über Röders Verbindung zum Ordnungsdienst und der SA sucht man hingegen vergeblich. Ebenso der Historiker Heinrich Küppers, der im Jahr 2015 gleichfalls eine Biografie Röders vorgelegt hat – herausgegebenen von der CDU-nahen Unionstiftung. Flankiert werden diese Veröffentlichungen von zweifelhaften Wortmeldungen aus der universitären Geschichtswissenschaft. Dietmar Hüser zum Beispiel, Professor für Europäische Zeitge-

schichte an der UdS, sagte der Saarbrücker Zeitung, Röder sei weder Nationalsozialist noch Nationalist gewesen, sondern ein „christdemokratischer Patriot“.

Bedenklich an den Manipulationen ist, dass sie nicht etwa von isolierten Heimatkundlern stammen. Die Historiker, die sich aktiv an der Erklärung von Röders Vergangenheit arbeiten, sind Angestellte des saarländischen Landesarchivs, des Saarbrücker Stadtarchivs und an Universitäten tätig. Sie sind Mitglieder des wichtigsten Geschichtsvereins des Saarlandes, dem Historischen Verein für die Saargegend, der die Zeitschrift Saargeschichten mitherausgibt – ein Magazin, das sich, wie der Verein selbst, auch explizit an Geschichts-

Zusammenfassend darf ich folgendes feststellen:
Ich gehöre nicht zu den Leuten, die bis Kriegsende auf einen Sieg der Nazis hofften und dann plötzlich anfangen, ihre Unschuld laut zu beteuern. Vielmehr wären bei einem Sieg der Nazis mein Bruder und ich sowie meine Familie verloren gewesen. Dass ich bei unserem lebensgefährlichen Unternehmen gegen Hitler auch aussergewöhnliche Methoden anwenden musste, um das Unternehmen gelingen zu lassen und mich selbst zu schützen, kann daher nicht wundernehmen. So habe ich natürlich meine anfänglich guten Beziehungen zu den Kreisen der deutschen Front gutachtlich ausgenutzt und z.B. selbst aus einer rein äusserlichen Zugehörigkeit zum Ordnungsdienst der deutschen Front eine Zugehörigkeit zur illegalen saarländischen SA konstruiert, obwohl ich dieser niemals angehört habe. In gleicher Weise habe ich aus meiner Tätigkeit in der deutschen Kolonie in Den Haag meiner Heimat gegenüber den Posten eines Zellenleiters konstruiert und von dem mir gleichgesinnten damaligen Kreisinspekteur im Haag bestätigen lassen, obwohl ich keine Stunde dem Korps des Politischen Leiter angehört habe, was im übrigen ausser durch die beigefügten Gutachten auch durch die Tatsache bestätigt wird, dass ich, als nach dem 10. Mai 1940 die Partei in Holland aufgezogen wurde, wegen meiner Haltung für ein politisches Amt garnicht in Frage kam.

Franz Josef Röder

(geb. am 22. Juli 1909 in Merzig;
gest. am 26. Juni 1979 in Saarbrücken)

- 1928 Abitur am Gymnasium in St. Wendel
- 1928-1932 Studium der Romanistik und Geografie in Freiburg/ Breisgau, Innsbruck und Münster
- 1. August 1933 Eintritt in die NSDAP
- 1. Februar 1934 Eintritt in den NS-Lehrerbund
- Angehöriger des Nationalsozialistischen Kraftfahrerkorps NSKK Sturm 21/7 Saar
- Mitglied des Ordnungsdienstes der Deutschen Front
- Mutmaßlich Mitglied der im Saargebiet illegalen SA
- 1933-1937 Lehrtätigkeit an verschiedenen Gymnasien
- 1937 Wechsel nach Den Haag an das deutsche Realgymnasium
- 1940-1944 Leiter des Deutschen Akademischen Austauschdienst in den Niederlanden; Auswahl niederländischer NS-Sympathisanten nach rassischen und ideologischen Gesichtspunkten für Studienaufenthalte in Deutschland
- Zellenleiter der NSDAP in Den Haag
- 1. April 1948 Wiederaufnahme der Lehrtätigkeit am Mädchenrealgymnasium in Neunkirchen
- 1. August 1951 Schulleiter des Realgymnasiums in Dillingen (bis 1957)
- 18. Dezember 1955 Wahl in den Saarländischen Landtag
- 4. Juni 1957 Minister für Kultus, Unterricht und Volksbildung (bis 10. Juli 1965)
- 1959-1979 Ministerpräsident des Saarlandes

renommierter Experte von außerhalb zu Wort gemeldet. Der Autor einer hochgelobten Habilitationsschrift über den Chef der damaligen deutschen Besatzungsmacht in den Niederlanden, Arthur Seyß-Inquart, gab auf einem Vortrag in der politischen Akademie der Stiftung Demokratie Saarland eine Einschätzung ab: Röder sei als Funktionär der NSDAP mit den Zielen der Nazis vertraut gewesen und habe in den Niederlanden aktiv an der Besatzungsherrschaft mitgewirkt. Zudem wirft er Hans-Christian Herrmann vor, seine Habilitationsschrift für eine Entlastung Röders zu missbrauchen (siehe Kasten mit dem Schreiben von Johannes Koll).

Ob diese Intervention von außen zu einer nennenswerten Veränderung der Sicht auf den „Landesvater“ führen wird, darf jedoch bezweifelt werden. Denn Geschichtsmymen, so falsch sie auch sein mögen, haben bekanntlich eine unangenehme Eigenschaft: Sie halten sich hartnäckig. ■

Julian Bernstein

Weitere Texte, Informationen und Quellen zur Röder-Debatte findet man auf der Webseite der Saarbrücker Hefte unter der Rubrik „Röder-Debatte“:
<https://www.saarbruecker-hefte.de/>

lehrer wendet. Die fehlende Aufarbeitung von Röders NS-Vergangenheit ist damit vor allem ein Versagen der etablierten Geschichtswissenschaft, die gerade bei Themen, die ausschließlich lokal und von der immergleichen

Clique verhandelt werden, Gefahr läuft, Mythen zu produzieren.

Mit dem in Wien tätigen Historiker Johannes Koll hat sich nun immerhin ein

Erlöse uns

Überall auf der Welt glauben die Menschen an bestimmte politische Ideen. Ein Gespräch mit dem Historiker Rainer Gries über unsere Schwächen – und darüber, wie wir stark bleiben, um Propaganda zu widerstehen.

Frage:

Herr Gries, was macht die Menschen für Propaganda empfänglich?

Rainer Gries:

Wir wollen umworben werden. Der Mensch wünscht sich persuasive Kommunikation. Der Begriff stammt vom lateinischen Wort für „überreden“ ab. Der Wunsch, umschmeichelt zu werden, ist Teil unserer Psyche. Zudem sind wir anfällig für Botschaften, die uns Vereinfachungen liefern, Welterklärung.

Frage:

Ist man immer nur Opfer von Propaganda, oder trägt man selbst dazu bei?

Rainer Gries:

Zum System gehört, dass mehrere Akteure im Spiel sind. Der Absender und die Adressaten sind beide Akteure. Wenn wir heute über Populisten sprechen, sind wir geneigt, nur auf die Produzenten einfacher Botschaften zu schauen, und vergessen das Publikum, das Volk, lateinisch eben *populus*. Das muss mitspielen.

Frage:

Aber es empfängt doch nur.

Rainer Gries:

Oft wird unterteilt in den aktiven Führer und die passiv Geführten oder Verführten. Das ist eine verkürzte Sichtweise, die in der Nachkriegszeit auch der Entlastung diene. Man schob alles auf den Führer und nahm sich selbst als Akteur aus der Schusslinie. So musste man seinen eigenen Anteil an den Verbrechen nicht hinterfragen. Aber bei Propaganda gilt: Es kommt darauf an, dass wir mitmachen. Wenn wir es nicht tun, ist sie machtlos.

Frage:

Es geht also nicht nur ums Reden.

Rainer Gries:

Vor allem die radikale Tat gehört zur Propaganda. Aktionen, die aufhorchen lassen, bringen Achtung. Hitler hat gesagt, dass Gewalt und Grausamkeit imponieren. Und das gilt selbst für die Angegriffenen. Zu Beginn des Nationalsozialismus haben sich nach Saalschlachten, bei denen sich politische Gegner mit den Nazis prügeln, besonders viele dieser Verprügelten bei der SA gemeldet.

Frage:

Heute gehört es in manchen Ländern immer noch zum Mittel der Politik, Andersdenkende zu verprügeln oder ins Gefängnis zu stecken. Ist das nicht ein Zeichen, dass die Propaganda versagt hat?

Rainer Gries:

Beides gehört dazu. Der türkische Präsident Erdoğan etwa zählt die öffentliche Ausübung von Gewalt zu den politischen Mitteln. Er lässt Demonstrationen für die Pressefreiheit brutal auflösen und Journalisten verhaften. Es ist ein Zeichen an seine Anhänger. So wie wir es auch als Zeichen verstehen müssen, wenn Anhänger der Pegida auf ihren Demos Journalisten angreifen.

Frage:

Imponiert das der lethargischen Masse?

Rainer Gries:

Es gibt diesen Reflex, sich mit dem Aggressor zu identifizieren, um sich selbst stärker zu fühlen. Donald Trump hat im Wahlkampf gesagt, er könne durch New York laufen und jemanden auf offener Straße erschließen, ohne Wähler zu verlieren. Damit bringt er überspitzt eine historische Erfahrung auf den Punkt: Die Rede plus die Tat, das überzeugt.

Frage:

Welche Menschen sind dafür besonders empfänglich?

Rainer Gries:

Menschen aus problematischen Umfeldern, die in ihrer persönlichen Situation herausgefordert sind. Für sie ist das ein Angebot, mit einer gefühlten Hoffnungslosigkeit umzugehen oder, wie im Falle von Pegida, mit gefühlten Abstiegsängsten. Jemand vermeintlich Starkem zuzujubeln erscheint so als Rückgewinnung eigener Macht und Stärke.

Frage:

Postfaktisch, Fake News, alternative Fakten: Ist es bei Propaganda zunehmend egal, ob die Botschaften der Wahrheit entsprechen?

Rainer Gries:

Bei der Abwägung, was wahr und was effizient ist, entscheidet sich die Propaganda immer für die Effizienz. Das ist auch der Unterschied zur Werbung. Die darf von der Wahrheit nicht zu weit entfernt sein, sonst kaufen

die Konsumenten ein Produkt nur einmal. Dagegen muss sich die politische Werbung um die Wahrheit ihrer Botschaft nicht so sehr kümmern, weil das Einlösen der Versprechen in weiter Zukunft liegen kann oder womöglich gar nicht stattfindet. Und dennoch bleiben die Menschen bei der Stange.

Frage:

Wenden sich die Menschen nicht von Politikern ab, die ihre Versprechen brechen?

Rainer Gries:

Nicht unbedingt. Man kann das mit der Enttäuschung beim Kauf eines mangelhaften Produkts vergleichen. Wenn Sie ein Auto gekauft haben, das schon nach kurzer Zeit Macken hat, werden Sie Ihren Freunden trotzdem erzählen, dass der Wagen gar nicht so schlecht ist. Niemand will, dass seine Entscheidung durch eine Enttäuschung im Nachhinein delegitimiert wird. Wenn Sie sich eingestehen, falsch entschieden zu haben, geht der erlösende Moment der Aktion verloren. In den sozialen Medien werden ohne Unterlass Botschaften versendet, die Abstiegsängste oder Fremdenhass befeuern.

Frage:

Ist das Internet das Propagandamedium der Stunde?

Rainer Gries:

Es ist tatsächlich ein Problem, wenn die öffentliche Diskussion über das, was wahr ist oder erwünscht, zunehmend in den Echo-kammern, den filter bubbles der sozialen Medien stattfindet und man nicht mehr mit Andersdenkenden in Kontakt kommt. Dennoch muss man berücksichtigen, dass zur „klassischen“ Propaganda auch Elemente von Macht und Gewalt gehören. Da bin ich trotz der verbalen Gewalt nicht so pessimistisch.

Frage:

Wie wichtig sind für erfolgreiche Propaganda Feinde?

Rainer Gries:

Es braucht nicht unbedingt Feinde, aber üble Bilder von den Anderen. Sie dienen der Überhöhung des Eigenen und der Denunziation des Gegners. Man zieht harte, radikale und unüberwindliche Grenzen gegenüber den Anderen. Sie werden mit negativen Attributen versehen, verunglimpft und dämonisiert – bis

ANZEIGE

Wir machen uns stark für Ihre Gesundheit gesetzlich und privat

Debeka BKK Krankenversicherungsverein a. G.

56027 Koblenz
Telefon (02 61) 9 41 43-0
www.debeka-bkk.de

Geschäftsstellen im Saarland:

Homburg	Telefon (068 41) 92 04-0
Merzig	Telefon (068 61) 9 39 25-0
Neunkirchen	Telefon (068 21) 2 90 20-0
Saarbrücken	Telefon (06 81) 94 52-0
Saarlouis	Telefon (068 31) 94 05-0
St. Ingbert	Telefon (068 94) 95 58 96-0
St. Wendel	Telefon (068 51) 9 39 66-0
Völklingen	Telefon (068 98) 8 50 81-0

www.debeka.de

Traditioneller Partner des öffentlichen Dienstes



hin zum Imperativ, dass sie vernichtet werden dürfen.

Frage:
Hilft gegen Propaganda Bildung?

Rainer Gries:
Absolut, denn dadurch kann man die Botschaften besser einordnen. Ich kann mich fragen, warum die ein oder andere Aussage gemacht wird, wie wahr sie ist, ob es nicht doch Alternativen gibt. Das muss ich aber jedes Mal wieder machen, es gibt keinen Schutzschild, der automatisch wirkt. Gegen Propaganda ist niemand gefeit. Ob Reklame oder politische Botschaften: Die um uns werbende Kommunikation ist allgegenwärtig.

Frage:
Und oft vermittelt sie den Eindruck, man hätte keine Wahl.

Rainer Gries:
Das Absolute ist ein Popanz der Propaganda. Sie lebt davon, eine Alternativlosigkeit vorzugaukeln. Deswegen ist es immer gut, wenn in der politischen Kommunikation Wege of-

fenbleiben, man nicht das Miteinander abbricht und Mittelwege sucht. Papst Franziskus hat gerade zum Thema Trump gesagt, dass es immer irgendwo Türen gibt, die nicht geschlossen sind. Das ist die absolute Nichtpropaganda.

Frage:
Wie kann man noch Gegenwehr organisieren?

Rainer Gries:
Indem man sich klarmacht, wie das System funktioniert. Sich also vor Augen hält, was wir bis hierhin gesagt haben, und daraus Schlüsse zieht, wie man mit den Angeboten, die täglich auf uns einprasseln, verantwortungsvoll umgeht. Wir können uns all diesen Botschaften nicht entziehen. Erdoğan nicht, Trump nicht, Putin schon gar nicht. Aber ob wir Inhalte der Propaganda annehmen oder nicht, hängt letztlich von uns selbst ab. Wir sind keine Objekte, sondern Subjekte.

Frage:
Aber doch nur, wenn man genügend Selbstbewusstsein hat und Bildung. Was ist mit den anderen?

Rainer Gries:
Die müssen auch durch politische Maßnahmen geschützt werden. Für die Menschen mit Abstiegsängsten, persönlichen Nöten oder Traumata, vor allem für junge Menschen, muss die Politik Sorge tragen. Es gilt, Geld in Bildungs- und Beschäftigungsangebote zu stecken und vor allem in die Jugend zu investieren. Damit entzieht man einfachen Botschaften und ihren Propagandisten den Nährboden.

Rainer Gries forscht zu „überredenden“ Kommunikationen im 20. Jahrhundert. Er hat Bücher über sozialistische Helden und zur Geschichte der politischen Massenbeeinflussung im 20. Jahrhundert geschrieben beziehungsweise herausgegeben. ■

Oliver Gehrs
„Erlöse uns“, Erstveröffentlichung im fluter 63 – „Propaganda“ – Seiten 10-12, Sommer 2017, Herausgeber: Bundeszentrale für politische Bildung/bpb.
Wir danken der Bundeszentrale für politische Bildung herzlich für die Nachdruckgenehmigung.

guten Anstands, die wir Kindern angedeihen lassen: Wenn man erwischt wurde, dann gibt man es wenigstens zu und man kann darüber reden. Das Eingeständnis der eigenen Fehlbarkeit, des wirklichen Grundes der Lüge.

Als Vorbild taugt man nicht mehr. Wir als Pädagogen geraten in Not ob der Erläuterung der Welt.

Wenn Menschen in der Öffentlichkeit stehen, wie Politiker, dann tun sie gut daran, sich wieder auf diese Grundregel des Anstands zu besinnen. Es wäre für viele Kinder und Jugendliche ein Vorbild, wenn man sich zu seinen Fehlern und auch zu seinen Lügen bekennt. Manche könnten damit sogar gewinnen, da darf man sich sicher sein. ■



Matthias Römer

KOMMENTAR

Der Wert der Wahrheit

„Nein, so war das nicht gemeint mit dem Informationswissenschaftler und dem wissenschaftlichen Mitarbeiter. Nie wollte man den Eindruck eines abgeschlossenen Studiums erwecken.“

Die Lüge ist hoffähig, sie wird nur nicht mehr so genannt. Ein Versehen, eine Unachtsamkeit, eine unglückliche Verwechslung – natürlich nur dann, wenn sie enttarnt wurde. Wir konnten im Saarland in den letzten Wochen einen Eindruck davon gewinnen, wie selbstverständlich es mittlerweile ist, zu täuschen und zu tricksen. Gottseidank gehen immer weniger diesen Versuchen auf den Leim.

Häufig geht es um Geld, meistens ums eigene, wie die Führung des Landessportverbands uns in einer Art ‚Bauernkomödie‘ gerade eindrucksvoll vor Augen führt.

Die Lüge ist nicht das eigentliche Problem. Wir alle lügen und betrügen ab und an ganz gerne und das nicht ohne Grund: Der Mensch braucht dieses Mittel, um sich selbst und andere in Sicherheit zu wiegen, um Komplexe zu

besiegen oder Ziele zu erreichen. Frei nach Erving Goffman und seinem Bestseller aus dem Jahr 1959 *spielen wir alle Theater*.

Trotzdem gewinnt man bei vielen Verlautbarungen aus Politik und Wirtschaft den Eindruck, dass das gezielte Einsetzen der Unwahrheit fast schon System hat. Dazu zählt auch das bewusste Verschweigen von Fakten oder das bewusste Verdrehen der Kontexte. Das gilt für alle politischen Beteiligten. Die gezielte Lüge als Verbesserung der eigenen Position könnte man als Marketing in eigener Sache bezeichnen. Häufig ist diese Unwahrheit jedoch allzu leicht durchschaubar. Das wiederum macht sie gefährlich, denn ein enttäuschter Bürger ist ein allzu leichtes Opfer für den Populismus.

Ein Affront ist die Tatsache, dass man anderen unterstellt, es nicht zu durchschauen, sie im wahrsten Sinne des Wortes *für dumm verkaufen möchte*. Man tut so, als hätte nicht jeder bereits bemerkt, dass etwas erlogen wurde, wobei der Betrug längst aufgefliegen ist. Das ist die Verneinung einer Grundregel des

Warum der Umgang mit der Wahrheit die Demokratie bedroht

... und warum uns das möglicherweise alle betrifft.

Als ich Ende der 90iger Jahre im Kino den Film „Wag the dog – wenn der Schwanz mit dem Hunde wedelt“ von Barry Levinson sah, bin ich anschließend ziemlich verstört nach Hause gegangen. Der Plot: als dem US-amerikanischen Präsidenten 11 Tage vor der Wiederwahl vorgeworfen wird, eine minderjährige Schülerin sexuell belästigt zu haben, sieht das Wahlkampfteam nur eine Möglichkeit, die Aufmerksamkeit der Medien von diesem Vorkommnis abzuziehen: ein fiktiver Krieg gegen Albanien – ein Land, über das in Amerika kaum einer etwas weiß – wird medial inszeniert. In dem Film geht es um die Macht der Medien und die Manipulierbarkeit der Öffentlichkeit.

Dass im Jahr 2003 die Begründung des damaligen US-Außenministers vor dem UN-Sicherheitsrat für den längst beschlossenen Krieg gegen den Irak wegen angeblicher biologischer, chemischer und nuklearer Massenvernichtungswaffen des Regimes eine einzige Lüge war, wissen wir heute längst. Jahre später hat sich Colin Powell zumindest dafür entschuldigt. Ende der 90iger Jahre ist mir etwas verloren gegangen – der naive Glaube, dass das, was ich in der Zeitung lese (weil sauber recherchiert) und in den Nachrichtenkanälen verbreitet wird, die Wahrheit sei.

Was hat sich seitdem verändert?

Wir leben heute in einer Welt, in der viel die Rede ist von Fakten, ‚fake-news‘ (bewusst lancierte Falschmeldungen) bis hin zu Verschwörungstheorien. Wir leben in einer Welt, in der ein Sexist, Rassist und notorischer Lügner zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt worden ist und diese Welt immer wieder und immer mehr mit seiner Rhetorik und seinen Drohungen in Atem hält. In einer Welt, in der Kellyanne Conway, die Beraterin eben dieses Präsidenten, dessen offensichtliche Lügen als „alternative Fakten“ bezeichnet.

In diesem Zusammenhang spricht der amerikanische Wissenschaftsjournalist David Roberts von „Stammes-Epistemologie“, in der jede Gruppe die ihr gerade passenden Behauptungen als Wahrheiten deklariert (die Epistemologie ist jener Zweig der Philosophie, der untersucht, wie wir Dinge wissen können und was es bedeutet, dass etwas wahr oder falsch ist). Der amerikanische Historiker



Daniel T. Rogers sieht daher das Problem des ‚postfaktischen Zeitalters‘ nicht in der Abwesenheit von Wahrheiten. Es gehe eher um das Gefühl, recht zu haben, als um eine möglichst objektive Überprüfung eigener Meinungen. Bereits im Jahr 2005 stellt der Komiker Steven Colbert eine tiefe Spaltung in der Gesellschaft fest. Was ist richtig? Das, von dem du willst, dass es wahr ist oder das, was wahr ist?

Und auch wir stehen immer wieder vor der Frage, warum es so schwer ist, andere trotz faktenbasierter Argumente von ihrer Meinung abzubringen. Aber sind wir nicht gerade als Menschen in erziehenden Berufen dazu verpflichtet, den Kampf um die Wahrheit mit aller Kraft zu unterstützen?

Und schon tut sich das nächste Dilemma auf:

Ist das Weglassen von Wahrheiten nicht auch schon Lüge? Dafür gibt es in der jüngsten Vergangenheit ja auch im Saarland genügend Beispiele. (Das unrühmliche Nichteingestehen des Millionenlochs beim LSVS durch Klaus Meiser wäre da genauso zu nennen wie das „Beschönigen“ der beruflichen Vita des neuen saarländischen Ministerpräsidenten.)

Worte, so sagt man in der Kommunikationsforschung, schaffen Wirklichkeit – die Wahrheit ist aber damit noch lange nicht in der Welt. Wahrheit, Wahrhaftigkeit, Ehrlichkeit, Anstand – sind das alles veraltete Begriffe, die heute nicht mehr gelten? Auch weil diese von so manchen Politiker_innen nicht (mehr) vorgelebt werden? Nehmen wir es also klaglos

hin, dass der Innensenator von Berlin sich vor der Anhörung vor dem Bundestagsuntersuchungsausschuss zur Aufklärung der Versäumnisse von Justiz und Staatsgewalt bezüg-

lich des mutmaßlichen Attentäters des Breitscheidplatzes ‚krank meldet‘, dann aber zwei Tage später am Berlin -Marathon teilnimmt?

Was können wir tun?

Sicher ist ein guter Deutsch- und Medienunterricht wichtig, damit Schüler_innen lernen, Texten und Argumentationsmustern kritisch und kompetent zu begegnen. Als Erziehende haben wir aber auch die Aufgabe, Kinder und Jugendliche, die uns anvertraut sind, zu mündigen und demokratiefähigen Menschen zu erziehen. Dabei kommt uns Erwachsenen, ob Eltern, Lehrer_innen oder Politiker_innen eine wichtige Vorbildfunktion zu. Wenn wir diesen Erziehungsauftrag ernst nehmen, stehen wir deshalb auch immer mal wieder selbst auf dem Prüfstand. Da ist es sicher nicht schlimm, wenn wir uns bewusst machen, dass auch Erwachsene fehlbar sind und sich irren können, sofern sie dies eingestehen und andere nicht absichtlich täuschen. ■



Anna Haßdenteufel

Grafik: fotolia.de/©liblu

Arbeitsbelastung im Bereich KITA

Ergebnis der Umfrage | Teil 2 - die offenen Fragen



Foto: fotolia.de/@dglimages

Aus Datenschutzgründen wollen wir hier keine kompletten Passagen von euren Texteingaben wiedergeben. Stattdessen haben wir versucht, die häufig genannten Argumente in prägnanten, neutralen Kernaussagen im Folgenden zusammenzufassen.

Wir wollen euch nicht vorenthalten, dass viele Aussagen deckungsgleich und sehr häufig vorkamen, sei es das unfaire Verhalten der Vorgesetzten, die Konflikte im Team, bis hin zu Mobbing, die Überlastungssymptome, mitunter bis zu drohendem Burnout usw. Vor allem die genannten Ängste und Sorgen um den Erhalt der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit bis zur Rente treiben viele von euch um. Das Wissen, dass ihr nicht alleine steht, hilft im Moment vielleicht nur bedingt.

Die Forderungen nach Verbesserungen kann man nach der Durchsicht dieser Umfrage wirklich nicht mehr nur auf Einzelfälle reduzieren.

Belastungen:

Die Anforderungen in den Kitas erhöhen sich durch Erwartungen von allen Seiten, wie Träger, Leitung, Eltern, Kinder. Die Verpflichtungen und Termine nehmen immer mehr durch die Durchführung von QM (Qualitätsmanagement), zunehmende Dokumentationen, vermehrte Sicherheitsvorschriften und Dienstbeantragungen und zu viele Zusatzauf-

gaben, wie z.B. die Tätigkeit als Brandschutzbeauftragte_r, Sicherheitsbeauftragte_r oder Hygienebeauftragte_r. Die Öffnungszeiten haben sich zudem verlängert. Das Einkaufen für die Kita nach Dienstschluss und die Verlagerung von immer mehr Arbeit nach Hause sind bei vielen Einrichtungen zur Selbstverständlichkeit geworden, bei gleichzeitig geringerer Anerkennung des Berufes in der Öffentlichkeit und zunehmender Respektlosigkeit von Eltern und Kindern gegenüber dem pädagogischen Fachpersonal. Die zusätzliche Übernahme von hauswirtschaftlichen Arbeiten, wie z.B. die Reinigung von Mobiliar und Geschirr, die Wäschepflege und die Nahrungszubereitung, zeigt das Ungleichgewicht in diesen Anforderungen und sorgt für eine immer größere Überlastung.

Dauerhafte Stressfaktoren, denen die Fachkräfte in gesundheitsgefährdendem Ausmaß ausgesetzt sind, werden nicht gesehen: der Zeitdruck, die Zunahme der täglichen Arbeitsbelastung, zu viele Überstunden, Ausfall von Pausenzeiten etc.

Bei dem Pädagogischen Personal ist Flexibilität in hohem Maße gefordert. Die pädagogischen Fachkräfte müssen ihre Arbeitszeit ständig an die jeweilige Situation anpassen, z.B. Einspringen bei Personalausfall. Dadurch können private Termine, wie z.B. Arztbesuch, oft – auch über einen längeren Zeitraum hin – nicht wahrgenommen werden. Die eigene

Gesundheit wird nachrangig behandelt. Teilzeitkräfte werden wechselweise auch am Nachmittag eingesetzt und die Arbeitszeit im Kontext mit Vereinbarkeit von Beruf und Familie ebenso hintenangestellt.

Eine hohe Gruppengröße, die temporär – bedingt durch Personalmangel und hohen Krankenstand – zum Teil erheblich erhöht wird, erschwert zunehmend die angemessene Arbeit mit den Kindern. Die starke Zunahme der oben beschriebenen Anforderungen für alle Fachkräfte bei gleichbleibender Personalisierung bedeutet zwangsweise weniger Zeit für das einzelne Kind.

Immer öfter kommen Kinder krank in die Kita, belasten dadurch die Arbeitssituation noch mehr und stecken zudem die anderen Kinder und die Mitarbeiter_innen oft an, was dann nicht selten zu epidemieartiger Verbreitung von Magen-Darm-Erkrankungen u.ä. führt, und damit in der Konsequenz erneut zu einem Personalmangel.

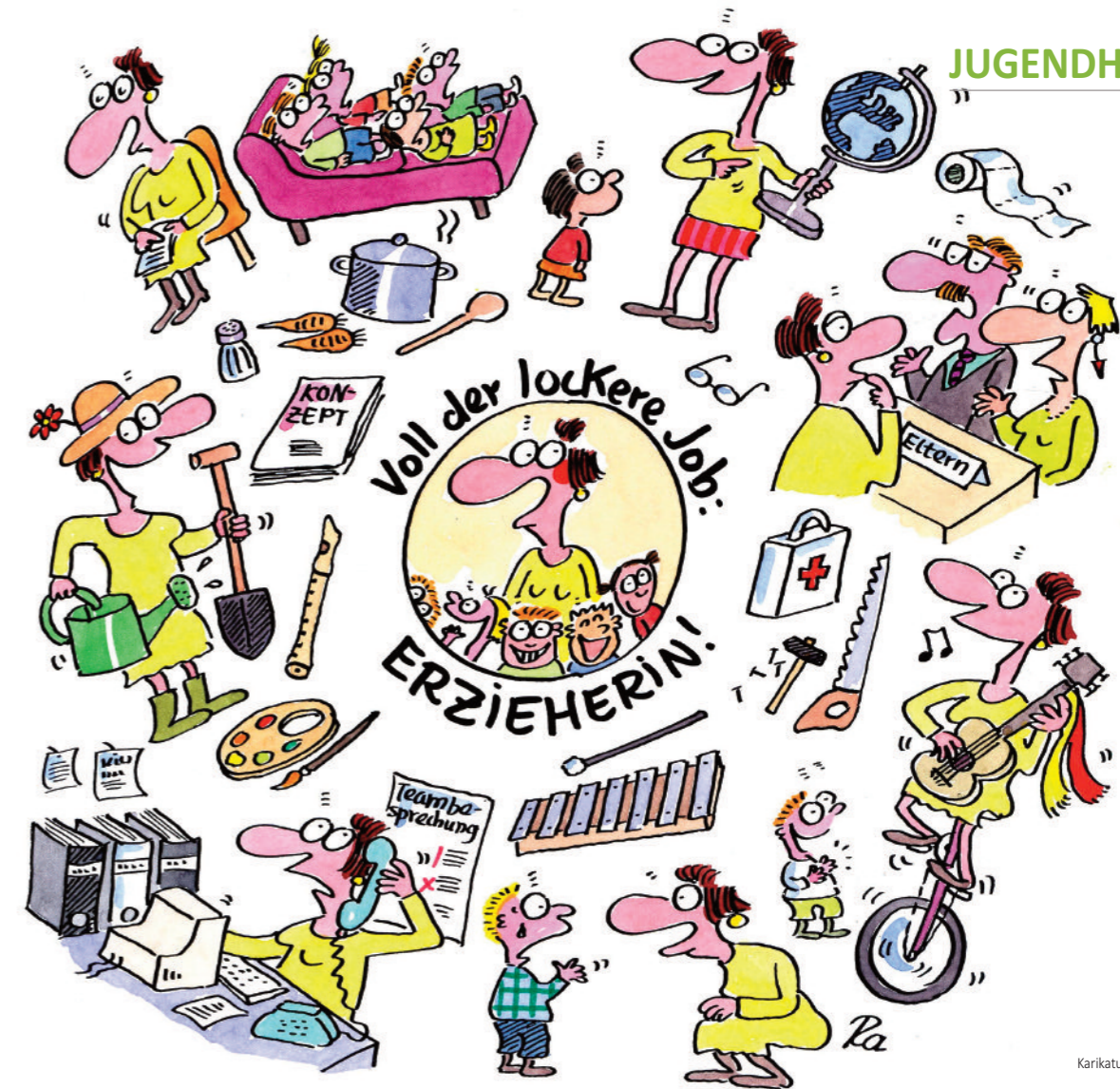
Inklusion bleibt eine Wunschvorstellung, wenn sie nicht einhergeht mit einer besseren Personalisierung und der zusätzlichen Anstellung von Inklusionsfachkräften; Stichwort: multiprofessionelle Teams. Gleichzeitig sehen wir die starke Zunahme von Kindern mit erhöhtem Förderbedarf, sei es im emotional-sozialen oder sprachlichen Bereich usw.

Es fehlt in vielen Kitas der benötigte Platz, sprich die entsprechenden Räume:

- a) Funktionsräume für die Kinder
- b) Pausenräume für die Mitarbeiter_innen
- c) diskreter Besprechungsraum für Elterngespräche
- d) eigener Bürobereich, um die zunehmenden Dokumentations- und Verwaltungsarbeiten in Ruhe zu bewältigen.

Der bauliche Zustand in vielen Kitas lässt stark zu wünschen übrig. Oft fehlen geeignete Bereiche für das Essen, das Schlafen und oft sind die sanitären Einrichtungen in einem miserablen Zustand. Es fehlt an Lärmschutz, geeigneter Dämmung usw.

Es gibt zeitraubende Konflikte mit der Leitung der Kita, weil diese die Schwierigkeiten der Mitarbeiter_innen nicht sieht oder anders beurteilt. Hier werden Stress, Konflikte bis hin



Karikatur: Reante Alf

zu Mobbing aufgeführt. Die Unzufriedenheit mit der Leitung einer Einrichtung ist ein sehr häufig genannter Punkt. Hier reichen die Beschreibungen von „schlecht organisiert“ bis zu „unfairer Verhalten“ und „wenig Wertschätzung und Unterstützung dem Personal gegenüber“ Stichwort: Personalführung.

Es fehlt häufig an geeignetem Mobiliar für die pädagogischen Fachkräfte in ausreichender Anzahl. Ebenso fehlt es an der Ausstattung (PCs, Drucker) für die zunehmend geforderten Dokumentationen.

Fortbildungen können oft nicht mehr selbst gewählt, sollen aber andererseits selbst finanziert werden. Klappt es dennoch mal mit einer Anmeldung, muss die Teilnahme an den Veranstaltungen oft wegen geänderter Dienstpläne abgesagt werden.

Die Ausbildung an den Fachschulen sollte überarbeitet werden. Die Praxisanleiter_innen in den Kitas haben zu wenig Zeit für die Auszubildenden, und die Zusatzqualifikation wird nicht in der Vergütung anerkannt. Es gibt keine Höhergruppierung oder Zulage bei Zusatzaufgaben oder eben Zusatzqualifikationen, wie Praxisanleitung oder Krippenfachkraft.

Leitungen haben zu wenig Zeit für die von ihnen geforderten Aufgaben (Qualitätsmanagement, Verwaltungsaufgaben etc.) und fühlen sich dadurch auch be- und überlastet.

Forderungen:

Die Teilnehmer_innen unserer Umfrage fordern mehr Vereinbarkeit von Familie und Beruf, d.h. bessere Dienstplangestaltung, Arbeitszeitkonten, Einsatz der Teilzeitkräfte gemäß den Gründen für die gewählte Teilzeit.

Die Forderung nach Schulungen von Leitungen in Sachen Personalführung geht aus sehr vielen Aussagen der Befragten hervor, sei es bei der Organisation, z.B. Dienstplangestaltung, dem fairen Umgang mit den Mitarbeiter_innen, den Möglichkeiten der Partizipation und Ähnlichem. Außerdem sollten Leitungen generell freigestellt sein und stellvertretende Leitungen eine feste Stellenzuteilung mit entsprechender Bezahlung erhalten.

Vom Arbeitgeber fordern viele der Teilnehmer_innen mehr Transparenz und Beteiligung bei Entscheidungen, wie z.B. Umbaumaßnahmen und mehr Umsetzung der Fürsorgepflicht gegenüber dem Personal. Dazu gehö-

ren die Reduzierung der Belastungsfaktoren, wie genauere Regelung und die Umsetzung dieser Regelungen bei Krankheiten der Kinder in Kitas sowie mehr Gesundheitsprävention für das pädagogische Fachpersonal, geeignete Pausenräume und vor allem Stresspräventionsmaßnahmen. Die an der Umfrage teilgenommenen Kolleg_innen fordern ebenso die Einführung von Angeboten zu altersgerechtem Arbeiten und besseren Möglichkeiten der Altersteilzeit.

Viele der Befragten fordern mehr Zeit zur Regeneration, z.B. mehr Urlaubstage, garantierte Vor- und Nachbereitungszeiten, flexiblere Arbeitszeitmodelle und bessere Dienstplangestaltung.

Es fehlt an ausreichenden Funktionsräumen, geeigneten Pausenräumen, baulichen Verbesserungen, Lärmschutz und Ähnlichem. Hier muss nachgebessert werden.

Die verstärkte Übernahme der Verantwortung durch übergeordnete Stellen wie Träger, Jugendämter, Landesjugendamt und Berufsgenossenschaft war ein breites Thema unter den Teilnehmer_innen der Umfrage: z.B. die Anerkennung von berufsbedingten Krankheiten, Verringerung der Öffnungszeiten bei mi-

nimierter Personalisierung, keine Überbelegung der Gruppen usw..

■ Viele Forderungen bezogen sich auf die Inhalte der pädagogischen Arbeit:

- a) Mehr Zeit für das einzelne Kind
- b) Mehr garantierte Vor- und Nachbereitungszeit
- c) Geringere Gruppengröße
- d) Bessere Ausbildung an den Fachschulen.

■ Zum Thema „Personal“ wurden folgende Forderungen häufig genannt:

- 1.) Weniger Verwaltungs- und Schreibarbeiten, weniger Dokumentationen, weniger QM (Qualitätsmanagement)
- 2.) Bereitstellung von größeren Budgets in den Haushalten der Einrichtungen für Materialien u.ä.
- 3.) Mehr Personal, d.h. auch die Anerkennung der mittelbaren pädagogischen Zeit und die Anrechnung derselben auf den Personalschlüssel.

- 4.) Mehr unbefristete Arbeitsverträge
- 5.) Multiprofessionelle Teams
- 6.) Anerkennung von Zusatzqualifikationen, z.B. Praxisanleitung, Krippenfachkraft.

■ Die Teams brauchen Fachberatung, Supervision, mehr Zeit für den Austausch und die Planung der gemeinsamen pädagogischen Arbeit.

Die Teilnehmer_innen unserer Umfrage fordern eine Aufwertung der Berufe im Sozial- und Erziehungsdienst.

Die pädagogischen Fachkräfte in den Einrichtungen halten dieses System am Laufen. Was passiert eigentlich, wenn sie wegfallen?

Alle Befragten haben uns ihre Belastungssituationen geschildert, ihre Meinungen mit uns geteilt und uns einen Überblick über die Kita-Situation im Saarland ermöglicht.

Wir bedanken uns an dieser Stelle nochmals für die Teilnahme und Zeit und werden die Ergebnisse von Teil 1 und Teil 2 an die Ver-

antwortlichen in den Ministerien und Parteien weiterleiten. Vielleicht könnt ihr die Ergebnisse dieser Umfrage als Gesprächsgrundlage oder als Einstieg in einen pädagogischen Tag nutzen. Alle pädagogischen Fachkräfte, auch auf Leitungsebene, erleben eine Zunahme von Aufgaben und eine Arbeitsverdichtung, die belastet. Im gemeinsamen Verständnis von dieser Situation lassen sich vielleicht Verbesserungen und Erleichterungen finden, bis die gesetzlichen Änderungen auf den Weg gebracht sind.

Die GEW kämpft mit euch gemeinsam dafür, dass der Ressourcenschutz für pädagogische Fachkräfte mehr Gewicht in den Köpfen der Verantwortlichen gewinnt. ■



Christel Pohl
Erzieherin,
Geschäftsführender
Vorstand (Bereich
Jugendhilfe und
Sozialarbeit)

ANZEIGE

Sie geben alles. Wir geben alles für Sie: mit der Bedarfsanalyse für Berufsstarter.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. **DBV**

Gerade im Job angefangen und schon an mögliche Risiken denken? Ja, denn je früher umso günstiger. Und einige Versicherungen sind einfach unverzichtbar. Welche, zeigt unsere Bedarfsanalyse:

- ✓ **Krankheit:** Profitieren Sie von günstigen Ausbildungskonditionen und sichern Sie sich heute schon gegen steigende Kosten ab.
- ✓ **Dienstunfähigkeit:** Finanzielle Sicherheit mit bezahlbaren Beiträgen.
- ✓ **Berufshaftpflicht:** Vermeiden Sie eine persönliche Haftung, falls Sie im Job einen Schaden verursachen.

Als Spezialversicherer exklusiv für den Öffentlichen Dienst geben wir alles für Sie. Lassen Sie sich jetzt von Ihrem persönlichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten.

Mehr Informationen: www.DBV.de

Sonderkonditionen in der Krankenversicherung für Mitglieder der
Gewerkschaft **GEW**
Erziehung und Wissenschaft

Eine Marke der AXA Gruppe **AXA**

„Wir müssen lauter und sichtbarer werden!“

DaF/DaZ-Lehrkräfte setzen sich für bessere Arbeitsbedingungen ein

Diskutieren, solidarisieren, politisieren: Für die überwiegend freiberuflich tätigen Lehrkräfte in Deutschkursen ist die Vernetzung mit anderen Kolleg_innen und der Austausch über die häufig prekären Arbeitsbedingungen keine Selbstverständlichkeit. Das Bündnis DaF/DaZ-Lehrkräfte versucht dies zu ändern und ruft DaF/DaZ-Lehrkräfte zum Engagement auf.



Teilnehmer_innen des Team-Treffens Anfang Februar | Foto: Francis Oghuma

Bündnis DaF/DaZ-Lehrkräfte

Stets heißt es, Sprache sei der Schlüssel zur Integration. Doch obwohl gerade Sprachlehrkräfte in Deutsch- und Integrationskursen mit ihrer Arbeit einen großen Beitrag zur Integration neu zugewanderter Menschen leisten und für die Ausführung der Tätigkeit ein hoher Qualifikationsgrad gefordert ist, ist ihre Beschäftigung in der Regel durch schlecht bezahlte Honorarverträge, befristete Stellenangebote zu untertariflichen Bedingungen und einen geringen gewerkschaftlichen Organisationsgrad geprägt. Dies betrifft nicht nur Dozent_innen in der Erwachsenen- und Weiterbildung, sondern auch ausgebildete DaF/DaZ-Lehrkräfte, die aufgrund der gestiegenen Zahlen neu zugewanderter Schüler_innen ihren Weg an die Regelschulen gefunden haben, aber finanziell wesentlich schlechter gestellt sind als ihre Kolleg_innen mit klassischer Lehramtsausbildung.

Verschiedene lokale Initiativgruppen, die sich bereits zusammengefunden hatten, um auf die Missstände aufmerksam zu machen, haben sich im Mai 2016 zum bundesweiten

Bündnis DaF/DaZ-Lehrkräfte zusammengeschlossen. Mithilfe einer übergeordneten Interessenvertretung erhofft man sich einen wirkungsvolleren Einsatz für bessere Arbeitsbedingungen und eine faire Bezahlung aller Lehrer_innen im Bereich Deutsch als Fremd- und Zweitsprache. Gleichzeitig sollen die anhaltenden öffentlichen Debatten zum Thema Integration mit Fachkompetenz unterfüttert werden. Das Bündnis dient als Ansprechpartner für Politik und Medien und bietet Lehrkräften eine Möglichkeit zur Vernetzung mit Kolleg_innen, um in einen fachlichen, aber auch politischen Austausch zu kommen. Seit der Gründung wurden bereits mehrere Gespräche mit Vertreter_innen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) geführt sowie verschiedene Konferenzen und Protestak-

tionen organisiert. Unterstützt werden die Aktivitäten und Forderungen des Bündnisses von den Gewerkschaften GEW und ver.di.

Team-Treffen in Köln

Am 3. Februar 2018 kamen Vertreter_innen des Bündnisses zu einem Team-Treffen im DGB-Haus als Gast der Fachgruppe Erwachsenenbildung der GEW Köln zusammen, um Themenschwerpunkte und Ziele für 2018 zu diskutieren und festzulegen. Angereist waren 24 Bündnismitglieder aus Saarbrücken, Berlin, Frankfurt, Stuttgart, Mannheim und verschiedenen Städten in Nordrhein-Westfalen.

In gemeinsamen Diskussions- und Gruppenarbeitsphasen haben sich drei Schwerpunkte herauskristallisiert:

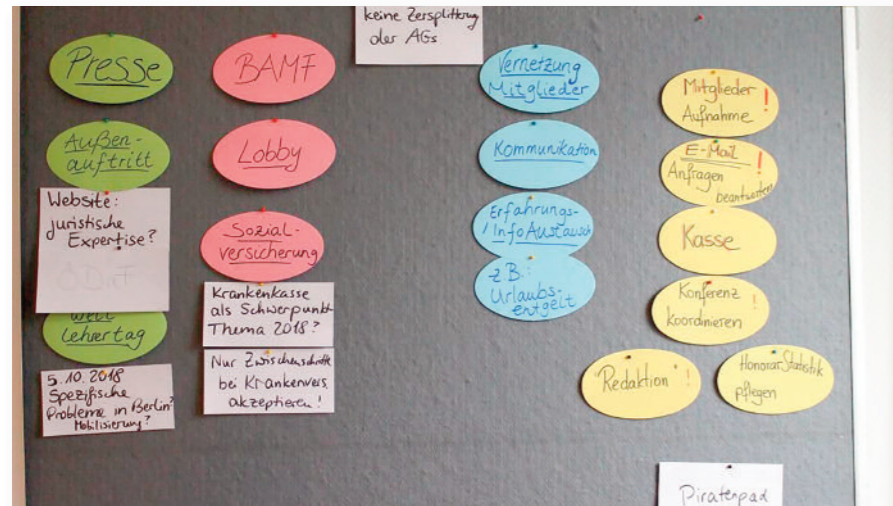
Gesetzliche Krankenkasse.

Das Bündnis fordert eine Abschaffung der zu hohen Mindestbemessungsgrundlage von derzeit 2283,75 € Einkommen pro Monat, die dazu führt, dass geringverdienende Honorarkräfte, Teilzeitkräfte oder auch von Kursausfall betroffene Lehrkräfte, deren tatsächliches Einkommen unter dieser Grenze liegt, zusätzlich durch überproportional hohe Krankenkassenbeiträge belastet werden. Die Absenkung der Mindestbemessungsgrundlage auf 1150 €, die auf Seite 102 im Koalitionsvertrag der Großen Koalition¹ festgehalten ist, wird als ein Anfang betrachtet, zeichnet sich aber immer noch durch Ungerechtigkeit für diejenigen aus, die noch weniger verdienen.



Arbeitsgruppe „Außenaustritt“ beim Team-Treffen in Köln | Foto: Sandra Langer





Themen des Team-Treffens | Foto: Sandra Langer

Fachliche Fragen.

Hierbei stehen vor allen Dingen Änderungen der Organisationsstrukturen von Integrationskursen im Vordergrund, die durch die Dritte Integrationskursverordnung² ausgelöst wurden. Dabei geht es sowohl um die freie Wahl der Träger_innen von Seite der Teilnehmer_innen als auch zentrale Einstufungstests, die bisherige Einstufungsverfahren ersetzen sollen. Das Vorgehen wird derzeit an ausgewählten Standorten getestet und von Bündnismitgliedern beobachtet. Es wird darum gebeten, Erfahrungen mit den neuen Regelungen aus der Praxis weiterzugeben. Außerdem hat sich eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich mit dem Berufsprofil der DaF/DaZ-Lehrkräfte auseinandersetzen wird. Ein möglicher Bezugspunkt stellt das Europäische Profilraster für Lehrende dar.

Weltlehrer_innentag.

Eine weitere Arbeitsgruppe wurde eingerichtet, um Ideen zu erarbeiten, wie sich auch Mitglieder des Bündnis DaF/DaZ-Lehrkräfte

an Aktionen zum „UNESCO Welttag der Lehrerin und des Lehrers“ am 5. Oktober 2018 einbringen können. Bereits in den vergangenen Jahren hatten Bündnismitglieder und Honorarlehrkräfte aller Fächer in Berlin und Köln mit Protesten auf sich aufmerksam gemacht. 2018 soll erstmals eine bundesweit koordinierte Aktion des Bündnisses stattfinden, weshalb ein Konzept entwickelt wird, das in möglichst vielen Regionen und Städten umgesetzt werden kann.

Regionalgruppe Saar

Damit der Kontakt zum Bündnis und der Austausch mit Kolleg_innen vor Ort erleichtert werden kann, organisieren sich Bündnis-Vertreter_innen in regionalen Kleingruppen, richten lokale Stammtische ein, stellen Kontakt zu Vertreter_innen der örtlichen Medien und Landespolitik her und widmen sich in kleineren Arbeitsgruppen verschiedenen aktuellen Themen. Eine Deutschlandkarte mit Kontaktpersonen findet man auf der Homepage

des Bündnisses oder bei Kreidefresser (siehe unten).

Seit Dezember 2017 ist auch das Saarland (wieder) mit der Regionalgruppe Saar vertreten und es haben sich bereits einige Interessent_innen gemeldet, die sich aktiv an der Arbeit im Bündnis DaF/DaZ-Lehrkräfte beteiligen möchten. Es werden jedoch weitere Kolleg_innen gesucht, die an einem regelmäßigen Austausch interessiert sind und ihre eigenen Ideen und Erfahrungen einbringen möchten. Geplant ist, auch im Saarland am kommenden UNESCO-Weltlehrer_innentag auf die prekären Arbeitsbedingungen der DaF/DaZ-Lehrkräfte aufmerksam zu machen. Denn um langfristig wirkliche Verbesserungen erreichen zu wollen, müssen wir lauter und sichtbarer werden! ■

Sandra Steinmetz



Zur Person:
Sandra Steinmetz ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin am Lehrstuhl für Deutsch als Fremd- und Zweitsprache an der Universität des Saarlandes und koordiniert dort unter anderem zwei Projekte im Bereich Sprachförderung für Jugendliche. Nebenberuflich ist sie als Dozentin in Integrationskursen sowie als Fortbildnerin tätig. Sie ist als GEW-Mitglied außerdem in der Fachgruppe Hochschule aktiv. Mehr unter: <https://www.uni-saarland.de/lehstuhl/haberzettl/mitarbeiter/sandra-steinmetz-ma.html>.

¹Entwurf Koalitionsvertrag CDU/CSU und SPD: <http://www.tagesspiegel.de/downloads/20936562/4/koav-gesamttext-stand-070218-1145h.pdf>.

²Dritte Verordnung zur Änderung der Integrationskursverordnung: http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Integrationskurse/Kurstraeger/Traegergrundschreiben/11_20170705.html.

Die Regionalgruppe Saar freut sich über weitere Mitstreiter_innen

Wer sich aktiv in der Interessenvertretung engagieren möchte, meldet sich bitte per Mail an daf.daz.saar@gmail.com.

Neuigkeiten zu Aktivitäten der Regionalgruppe Saar des Bündnis DaF/DaZ-Lehrkräfte gibt es auch auf der Facebook-Seite unter fb.me/dafdzsaar.

Aktuelles zum bundesweiten Bündnis findet man derzeit noch unter dafdz-lehrkraefte.de (die Homepage wird gerade erneuert und zieht demnächst um).

Auch kreidefresser.org informiert als Partnerblog regelmäßig über relevante Themen.

Kreativ im Konflikt

Gewaltprävention einmal anders

Gewaltprävention ist eine wichtige Aufgabe und Teil schulischer Sozialisation. Unser KIK-Projekt ist sicherlich eines von vielen in diesem Bereich – für uns ein ganz Besonderes. Als meiner Schwester Anna vor ca. fünf Jahren vom damaligen Leiter des LPM, Bernd Schäfer, der Bereich „Friedenserziehung in Schulen“ angetragen wurde, galt es etwas aufzubauen, was lange brach gelegen hatte. Da kam das Angebot des Friedenskreises Halle gerade recht. „KIK - Kreativ im Konflikt“ – eine Fortbildung für alle im pädagogischen Bereich tätigen Menschen – lockte Anna und mich im November 2013 ins Wendland. Mit viel Freude erlebten wir im Laufe eines Jahres die vier Module dieser theaterpädagogischen Fortbildung zum Thema „Gewaltprävention“.



Danach war uns sehr bald klar, dass wir die Inhalte dieser Fortbildung als Angebot in die Schulen bringen wollten. So haben wir das, was wir selbst erprobt, erlebt und erfahren haben, in ein zweitägiges Projekt für die Jahrgangsstufen 5 – 7 einfließen lassen. Daraus ist das Gewaltpräventionsprojekt „KIK“ entstanden, das wir jetzt im dritten Jahr an saarländischen Schulen anbieten. Besonders wichtig ist uns dabei, dass der Fokus auf der Gewaltprävention und nicht auf deren Intervention liegt.

Unser Anliegen ist es, die Klassengemeinschaft zu stärken und etwas für das soziale Miteinander von Lehrerinnen und Lehrern und den ihnen anvertrauten Kindern zu tun. Aus diesem Grund ist es uns besonders wichtig, dass die Klassenlehrerin/der Klassenlehrer während der beiden Projektstage dabei ist. Wie Konflikte, die unweigerlich zum (Schul-)Leben dazugehören, gewaltfrei gelöst werden können, wird anhand von theoretischen Mo-

dellen und theaterpädagogischen Elementen aufgezeigt. Dabei geht es zunächst darum, wie Konflikte entstehen und um das Herausbilden einer neuen/anderen Konfliktfähigkeit.

Durch Körperarbeit, Rollenspiele und Standbilder wird die emotionale Erinnerung der Schülerinnen und Schüler in besonderer Weise angesprochen. In den unterschiedlichen Übungen geht es darum, andere genau wahrzunehmen, sich anzuvertrauen, sich zu zeigen. Das bedeutet immer wieder auch, die eigene Komfortzone zu verlassen und über die Schwelle des gewohnten Verhaltens zu gehen, um Neues auszuprobieren. Während des Projektes erfahren die Schülerinnen und Schüler mehr voneinander, sie schlüpfen in unterschiedliche Rollen und zeigen in Standbildern

nonverbal beeindruckende Konfliktbilder und deren Auflösung. Dass es in diesen beiden Projekttagen auch darum geht, dass Fehler zu unserem Leben dazugehören, wir gemeinsam darüber lachen können, aber niemand ausgelacht oder beschämt wird – das ist uns ein grundsätzliches Anliegen.

Wie wichtig das Thema besonders für die Eingangsklassen der weiterführenden Schulen ist, zeigt uns die große Nachfrage. Einige Gemeinschaftsschulen haben „KIK“ mittlerweile in ihr Schulkonzept aufgenommen. Um dem großen Bedarf gerecht zu werden, ist – gemeinsam mit Tanjeff Bourgett und Andreas Klär vom LPH – die Idee für „STIK“ entstanden, eine modularisierte Ausbildung für Lehrer_innen-Tandems. Anmeldungen zu „STIK“ – „Stark im Konflikt“ sind im kommenden Schuljahr entweder über das LPM oder das LPH möglich. ■



Hilla Haßdenteufel

Fotos: Hilla Haßdenteufel



In den Pausen wird die gemeinsame Arbeit kulinarisch belohnt. | Foto: Sandra Langer

FG Gemeinschaftsschule bekräftigt ihre bildungspolitischen Forderungen

Nachdem am Gewerkschaftstag im Oktober 2017 unser GEW-Positionspapier zur Bildungspolitik der neuen Landesregierung beschlossen war, hatten wir uns in der letzten Fachgruppensitzung in 2017 darauf verständigt, dass wir mit den Landtagsfraktionen von CDU, SPD und Die Linke Anfang des Jahres 2018 den Dialog suchen, um mit ihren bildungspolitischen Sprechern über die Positionen der Fachgruppe Gemeinschaftsschulen zu diskutieren. Die Gespräche mit Barbara Spaniol (Die Linke) und Jürgen Renner, Sebastian Thul und Martina Holzer (SPD) fanden jeweils mit Vertreter_innen des FG-Vorstandes im saarländischen Landtag statt. Die Gesprächsanfrage an den bildungspolitischen Sprecher der CDU, Frank Wagner, ist bis heute bedauerlicherweise unbeantwortet geblieben.

Konsens bestand bei allen Gesprächen darüber, dass grundsätzlich zwingende Voraussetzung für die demokratische, inklusive, soziale und auch wirtschaftlich prosperierende Gesellschaft in unserem Lande eine bessere Finanzierung und Ausstattung des Bildungswesens sein muss. Und natürlich wussten wir auch schon aus den Spitzengesprächen der Gewerkschaften mit der Landesregierung, dass wir alle auf das Jahr 2020 warten, wenn endlich „Milch und Honig“ fließen werden und hoffentlich auch genügend finanzielle Mittel, um Worten auch flächendeckend Taten folgen zu lassen.

In den Gesprächen haben wir zum wiederholten Mal klargestellt, dass durch die derzeitige Unterfinanzierung des Bildungswesens die Anforderungen an die Kolleg_innen und damit einhergehend ihre Belastungen in mittlerweile teilweise unzumutbarer Weise angestiegen sind. Dies wurde in den letzten Monaten nicht zuletzt durch die in den Medien veröffentlichten Briefe von Gemeinschaftsschulen an Bildungsminister Commerçon auch in der breiten Öffentlichkeit diskutiert. Wir haben deshalb erneut bei den Gesprächen unsere GEW-Forderung Nachdruck verliehen, die Bildungsausgaben im saarländischen Landeshaushalt auf einen Anteil von 30 % (abzüglich Pensionsrücklagen) zu erhöhen. Und somit eine ausreichende Finanzierung im Bildungsbereich sicherzustellen, damit sich die Bildungschancen junger Menschen verbessern und die Arbeitsbelastungen der Kolleg_innen sich spürbar verringern. Mit

den im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung getroffenen Vereinbarungen scheint eine langjährige GEW-Forderung, die Aufhebung des Kooperationsverbotes, ja in greifbare Nähe gerückt zu sein. Diese sehen wir innerhalb der GEW als Grundvoraussetzung für die im Koalitionsvertrag der saarländischen Landesregierung festgeschriebenen bestmöglichen Bildungs- und Ausbildungsbedingungen aller Kinder und Jugendlichen, aber auch der Arbeitsbedingungen der Kolleginnen und Kollegen.

Damit die Inklusion gelingen kann, brauchen wir multiprofessionelles Teams an allen Schulen mit den jeweils standortspezifischen sächlichen, personellen und räumlichen Ressourcen. Diese müssen den Anspruch der UN-BRK nach gleichberechtigter wohnortnaher Teilhabe aller Schüler_innen am allgemeinen Schulsystem und gleichzeitig dem gestiegenen Bedarf an individueller Förderung der Schüler_innen, insbesondere an Gemeinschaftsschulen, gerecht werden. Damit soll auch den Gemeinschaftsschulen im Sinne der Gleichwertigkeit gegenüber den Gymnasien Rechnung getragen werden. Eine Unterstützung der von der GEW schon lange geforderten multiprofessionellen Teams durch Eingliederungshilfen erscheint uns nur dann sinnvoll, wenn es sich um qualifiziertes Personal handelt. Auch hierüber bestand Konsens bei unseren Gesprächen.

Damit die Schulsozialarbeit an den Schulen effektiver gestaltet werden kann, braucht es eine engere Kooperation mit der Jugendhilfe. Hier haben wir erneut unserer Forderung Ausdruck verliehen, dass die landesrechtlichen Bestimmungen entsprechend angepasst werden und die zuständigen Ministerien enger kooperieren müssen.

Dass spürbare Entlastungen für die Kolleg_innen und gleichzeitig verbesserte Lehr- und Lernbedingungen eine deutlich höhere, sozialindizierte Personalzuweisung an allen, aber insbesondere an stark belasteten Schulen in innerstädtischen Bereichen mit ihren enormen pädagogischen Herausforderungen erfordert, war auch allen an den Gesprächen Beteiligten klar.

In diesem Zusammenhang war auch die Klassenmesszahl ein Thema. Hier forderten wir erneut, dass sie an Gemeinschaftsschulen

auf 24 Schüler_innen pro Klasse reduziert und standortbezogen angepasst werden muss. Dass wir auch noch mehr Förderschullehrkräfte an den Gemeinschaftsschulen brauchen, machten wir auch wieder zum Thema. Nur woher sollen sie kommen?

Auch unsere Forderung nach Einführung von Systemzeit im Umfang von zwei Unterrichtsstunden pro Woche bei Verringerung der Unterrichtsverpflichtung für die Kolleg_innen an Gemeinschaftsschulen bekräftigten wir erneut. Aus unserer Sicht ein wichtiger Schritt, damit die Kolleg_innen die gestiegenen außerunterrichtlichen Verpflichtungen auch bewältigen können.

Wir werden diese Gespräche spätestens nach der Sommerpause wieder aufnehmen. Bis dahin hatten wir hoffentlich auch die Gelegenheit zum Dialog mit Frank Wagner. ■



Traudel Job

DIE BILDUNGS-GEWERKSCHAFT EMPFIEHLT:

AKTIV WERDEN GEGEN NAZIS



Terminankündigung

a.o. Gewerkschaftstag 2018

Am 17. Mai 2018 findet ein a.o. Gewerkschaftstag der GEW Saarland statt. Da für die Einberufung eines a.o. Gewerkschaftstages laut Satzung der Landesaussschuss zuständig ist, findet am gleichen Tag vor dem Gewerkschaftstag eine Sitzung des Landesaussschusses statt, der dann die Einberufung des a.o. Gewerkschaftstages beschließen kann. Der Gewerkschaftstag findet dann unmittelbar danach statt.

Im Mittelpunkt des a.o. Gewerkschaftstages stehen die Wahlen zum Geschäftsführenden Vorstand der GEW. Die Wahlen wurde auf dem Gewerkschaftstag am 25. Oktober 2017 abgebrochen – und werden jetzt auf dem a.o. Gewerkschaftstag am 17. Mai 2018 durchgeführt. Ein weiterer Schwerpunkt wird die Antragsberatung sein. ■

Willi Schirra

Foto: Kay Herschelmann



Erste Warnstreiks im Saarland

Tarifrunde TVöD2018

Am 08.03.2018 fand um die Mittagszeit eine Aktion der Gewerkschaften ver.di und GEW vor dem Rathaus der Stadt Saarbrücken statt. Die Beschäftigten der Landeshauptstadt waren für die Zeit von 11.30 Uhr bis 13.30 Uhr zum Warnstreik aufgerufen, um Druck auf die Arbeitgeber in der Tarifrunde TVöD 2018 auszuüben.

Die Gewerkschaften fordern sechs Prozent mehr Gehalt, mindestens aber 200 Euro. Die Einkommen der weit über zwei Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen müssen mit den steigenden Lebenshaltungskosten und der wirtschaftlichen Entwicklung Schritt halten. Nach dem die kommunalen Arbeitgeber auch in der 2. Verhandlungsrunde, am 12. und 13. März in Potsdam, kein Angebot vorlegten, hatte die Gewerkschaft GEW und ver.di im Saarland zu lokalen Aktionen aufgerufen.

Am Donnerstag, den 15. März 2018 waren die Beschäftigten der Stadt Völklingen zum Streik aufgerufen. GEW-Mitglieder an 4 kommunalen Kindertagesstätten beteiligten sich an dem Warnstreik. In Neunkirchen wurde am



Dienstag, den 20. März 2018 gestreikt; auch dort nahmen die GEW-Mitglieder aus Kindertagesstätten und Ganztagschulen am Warnstreik teil. ■

Foto: Andreas Sánchez Haselberger

Willi Schirra



Auf ein Neues ...

Klausurwochenende der Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe am 09./10. März 2018 in Kirkel

Auf ein Neues ...

Unter dieses Motto hätte man unsere Arbeitstagung wirklich stellen können, denn es stehen im Jahr 2018 einige Neuerungen für uns GEW-Mitglieder aus sozialpädagogischen Arbeitsfeldern an:

- Außerordentlicher Gewerkschaftstag in den nächsten Monaten mit Wahl einer/eines neuen GEW Vorsitzenden
- neue Tarifverhandlungen im Bereich öffentlicher Dienst, Bund und Kommunen
- Wahl eines neuen Fachgruppenvorstandes/bzw. einer/eines neuen Fachgruppenvorsitzenden
- Planung der Fachgruppenarbeit, insbesondere Fachtagung und Jubiläumsfeier

Am Freitagabend, 9. März 2018, trafen sich 25 Mitglieder unserer Fachgruppe in Kirkel, um nach dem Abendessen die Bewerberin für das Amt der neuen Vorsitzenden der GEW Saar kennenzulernen. Die meisten Kolleg_innen kennen Anna Haßdenteufel nur von ihrem Foto und Artikeln in der EuWiS, unserer saarländischen Gewerkschaftszeitung. Nur unsere Delegierten haben sie auch am Gewerkschaftstag 2017 in Illingen erlebt. Also nutzten wir die Gelegenheit zu einem Kennenlerngespräch und haben Anna eingeladen, uns von sich, ihrer Arbeit und Plänen als designierte Vorsitzende zu berichten. Wir wollten unsere Arbeitsbereiche vorstellen und nach gemeinsamen Arbeitsgrundlagen und Visionen suchen. Leider war die Zeit vom Gewerkschaftstag bis heute nicht immer von sachlichen Diskussionen in- und außerhalb der verschiedenen Gremien geprägt. Persönliche Betroffenheit, Enttäuschung, Unzufriedenheit mit bestimmten Sachlagen in der GEW liess die Auseinandersetzungen hochkochen. Wir haben in unserer Fachgruppe deshalb von Anfang an auf einen respektvollen Umgang miteinander und fairem Verhalten gegenüber allen beteiligten Diskussionspartnern gesetzt. Diese Atmosphäre war auch während unseres Gesprächs mit Anna Haßdenteufel deutlich zu spüren.

Nachdem die Teilnehmer_innen sich und ihre vielfältigen Arbeitsbereiche vorgestellt hatten, erzählte uns Anna auch etwas von ihrem persönlichen und beruflichen Werdegang und ihrer Motivation, sich für das Amt der GEW-Vorsitzenden zu bewerben. Besonders die Probleme benachteiligter Kinder und

Jugendlicher und deren Teilhabe an unserem Bildungssystem sind ihr ein besonderes Anliegen. Das war eine gute Grundlage für die weitere Diskussion, in deren Verlauf unsere Kolleg_innen über schlechte Arbeitsbedingungen in allen sozialpädagogischen Arbeitsfeldern berichteten. Berührungspunkte zum Schulbereich ergaben sich automatisch und Anna beantwortete viele Fragen dazu.

Zu den Themen: Multiprofessionelle Teams an Schulen und sozialpädagogische Fachkräfte an Schulen, gab es einen regen Informationsaustausch und übereinstimmende Forderungen:

- Arbeit auf Augenhöhe mit den Lehrerkolleg_innen
- genügend Zeit zum Austausch,
- feste Arbeitsstrukturen,
- entsprechende Arbeitszeiten,
- unbefristete Arbeitsverträge,
- Annäherung des Gehaltes beider Professionen.

Ab 21.00 Uhr trafen wir uns dann im Bistro der Arbeitskammer, um bei einem oder mehreren Gläsern Wein oder Bier den Tag ausklingen zu lassen. Traditionell sangen wir zur Gitarre von Brigitte, Thomas und Martin noch einige Arbeiter- bzw. Volks- und Fahrtenlieder. Da auch einige neue Gesichter dabei waren, die vorher noch an keiner unserer Veranstaltungen teilgenommen hatten, nutzten wir diese Gelegenheit für ein besseres Kennenlernen und wünschen uns, sie bei unseren Fachgruppentreffen wieder zu sehen!

Am Freitagmorgen stieß Willi Schirra zu uns, um über die Tarifverhandlungen im Bereich des TVöD zu berichten. Im Rahmen seiner Power-Point-Präsentation gab er uns einen Überblick über die Zahlen der Beschäftigten in diesem Tarifbereich. Es handelt sich um 4,5 Millionen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland. Leider sind viele Kolleg_innen immer noch nicht gewerkschaftlich organisiert, so dass der Druck auf die Arbeitgeber nicht groß genug ist. Zwischenzeitlich gab es für die betroffenen Kolleg_innen Veranstaltungen in Saarbrücken, Völklingen und Neunkirchen mit den neuesten Tarifinfos. Auch die letzte Ausgabe der Mitgliederzeitung der Bundes-GEW beschäftigt sich ausführlich mit dieser Thematik.

Bis zum Mittagessen nutzten wir die Zeit, um Themen für die Fachgruppenarbeit in diesem Jahr zu sammeln. Beim Stöbern in alten Fachgruppenunterlagen habe ich entdeckt, dass die Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe im Jahre 2019 auf ein 45-jähriges Bestehen zurückblicken kann. Ob und wie dieses Jubiläum gefeiert wird, beschäftigte uns bis zur Mittagspause.

Am Samstagnachmittag wurde der neue Vorstand bzw. die neue Vorsitzende gewählt. Christel Pohl ist jetzt unsere neue Fachgruppenvorsitzende. Damit konnte die wichtige Schaltstelle zwischen dem Vorstandsbereich Jugendhilfe und Sozialarbeit und der Fachgruppe nun endlich wieder besetzt werden. Ihr zur Seite steht Nadine Berwanger-Alt als stellvertretende Fachgruppenvorsitzende, die uns auch im Bundesfachgruppenausschuss vertreten wird. Natalie Horne und Yvonne Diessner werden die beiden Vorsitzenden im Fachgruppenvorstand unterstützen.

Nun wurden noch die Termine der Fachgruppensitzungen für das Jahr 2018 festgelegt und wir konnten nach einer erfolgreichen Tagung noch das Restwochenende zu Hause genießen. Es wartet noch viel Arbeit auf uns. Ich danke allen Teilnehmer_innen für ihre engagierten, ideenreichen, konstruktiven und kritischen Diskussionsbeiträge. ■

Brigitte Bock

Termine der nächsten Fachgruppensitzungen

Donnerstag, 12. April
 21. Juni
 23. August
 18. Oktober
 jeweils um 19.00 Uhr in der
 GEW-Geschäftsstelle, Saarbrücken

Jahresabschlussessen:
 Freitag, 14. Dezember 2018

Wir freuen uns auf euer
 Kommen.



Die Überlastungsanzeige - Rechtliche Wirkung und notwendiger Inhalt

Personalräteschulung

Mit diesem Thema hatte die GEW wieder einmal mehr den schulischen Personalräten eine Veranstaltung geboten, die sie in ihrer Arbeit vor Ort in den Schulen unterstützt. Besonders die Personalräte an Grund-, Gemeinschafts- und Förderschulen haben zum Thema derzeit alle Hände voll zu tun. Denn insbesondere in den genannten Schulformen kommt es vermehrt zu Arbeitsüberlastungen. Aber auch die Kolleg_innen anderer Schulformen sehen sich immer mehr außerstande, die ihnen übertragenen Arbeiten bestmöglich zu erledigen. Ihre Belastungsgrenze ist erreicht oder bereits überschritten.

Was können sie selbst in einem solchen Fall tun?

Nur wenige wissen, dass mit einer Überlastungsanzeige nicht nur eine rechtliche Möglichkeit, sondern auch eine Verpflichtung besteht, einen solchen Missstand anzuzeigen und ihm entgegenzuwirken. In der Schulung, zu der die GEW am 26. Februar 2018 in das Bildungszentrum der Arbeitskammer in Kirkel eingeladen hatte, ging es um folgende Schwerpunkte:

- Was ist eine Überlastungsanzeige?
- Rahmenbedingungen, die eine Überlastungsanzeige notwendig machen können

- Sinn und Zweck der Überlastungsanzeige
- der rechtliche Hintergrund
- Form und Inhalt der Überlastungsanzeige
- die Folgen einer Überlastungsanzeige
- Beteiligungsmöglichkeiten des Personalrats im Rahmen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes (Überwachung; Mitwirkung, Mitbestimmung)

■ Welche Hilfen den Beschäftigten an den Schulen an die Hand gegeben werden können, um mit Überlastungssituationen umzugehen.

Die Referentin, Kerstin Blass, Dipl. Soziologin und Fachkraft für Gesundheitsmanagement im Betrieb (IHK) von BEST (Beratungsstelle für sozialverträgliche Technologiegestaltung e.V.) behandelte die genannten Punkte in gewohnt kurzweiliger Art und ließ den Teilnehmer_innen genügend Zeit und Raum für individuelle Fragen.

Seitens der Personalrät_innen gab es sehr viele Fragen, was die Form, den Inhalt und die Folgen einer Überlastungsanzeige anbetrifft, und ob man unbedingt diese Überschrift wählen muss. Andreas Sánchez

Haselberger, stellvertretender GEW-Landesvorsitzender und Vorsitzender des HPR Gemeinschaftsschulen, verwies auf das Musterformular, das auf der GEW-Website zum Herunterladen steht (www.gew.saarland). Dort sind auch beispielhaft mögliche Überlastungen bzw. fehlende Zeitressourcen aufgeführt sowie Belastungen durch mangelhaften Arbeits- und Gesundheitsschutz, die als Formulierungshilfen durchaus sehr hilfreich sein können. ■



Traudel Job

Kerstin Blass hatte ergänzend dazu eine Checkliste von Günther Schmidt-Falk der GEW Ansbach mit einer Auswahl möglicher struktureller und personeller Belastungen im Schulalltag dabei. Sie ist im Internet veröffentlicht unter http://www.magazin-auswege.de/data/2012/11/Schmidt-Falck_Checkliste_Ueberlastungsanzeige.pdf.

ANZEIGE



GEMEINSAM STARK FÜR KINDER.
 Den Kleinsten **KRAFT** zum Leben schenken.
 Mehr dazu:
worldvision.de/starthelfer





Zentrale 1. Mai-Kundgebung im Saarland

11.00 Uhr **DEMO** ab Staatstheater
(Tbilisser Platz)

12.00 Uhr **Kundgebung** am Schloss
(Avant Cour Platz, Saarbrücker Schloss)

- **Peter Scherrer** stv. Generalsekretär EGB
- **Eugen Roth** stv. Bezirksvorsitzender DGB RLP/Saarland

13.15 Uhr **BEAT 66**

13.45 Uhr **Moritz Neumeier**
Kabarett, „Kein Scheiß Regenbogen“

14.15 Uhr **BEAT 66**

Buntes Kinder- und Familienprogramm mit Clown Luse und vielen befreundeten Verbänden, die ein tolles Info- und Mitmach-Programm dabei haben.

So spannend kann ein Buch über Schule sein

Wer in oder für Schule arbeitet, ist häufig völlig vom Alltag absorbiert. Schließlich ist der Lehrerberuf sehr beanspruchend, nicht selten sogar überfordernd. Und doch ist es gut, wenn Lehrkräfte wie ihre Ausbilder und Vorgesetzten ab und zu ein wenig Abstand zum Alltag nehmen, um über den Tellerrand zu schauen. Das Buch „Ich würde die Hausaufgaben abschaffen ebenso wie das Sitzenbleiben“, herausgegeben von Klaus Moegling und Catrin Siedenbiedel, ist dafür sehr nützlich.

Es enthält 19 Interviews zu wesentlichen Bereichen des Themenkreises „Schule“, die in fünf Teile untergliedert sind: Qualität von Schulen; Inklusion, Beziehungen und Binnendifferenzierung; Lernen und Geschlecht; fächerübergreifendes Lernen, Bewegungsbildung und forschendes Lernen sowie Reform der Lehrerbildung. Damit ist ein inhaltlicher Regenbogen über den Himmel des Schulalltags gespannt, der staunen macht, aber vielleicht auch ab und zu ein Kopfschütteln produziert. „Wie langweilig wäre ein Interviewbuch, bei dessen Rezeption nur ein Kopfnicken und keine Kritik hervorgerufen werden würde“ (S. 8), meinen die Herausgeber in Ihrer Einführung.

Manch ein Interview eröffnet Perspektiven, die den meisten Menschen fremd sind. Höchst beeindruckend ist beispielsweise das Gespräch mit einem jungen Transmann, der als Mädchen geboren wurde. Es konfrontiert mit Fragen danach, mit welchem Namen man ihn im Unterricht ansprechen soll oder wie man zu einer gendersensiblen Sprache findet.

Sehr erhellend wirkt auch das Gespräch mit der Sonderpädagogin Magda von Garrel, die sich als Integrationslehrerin besonders mit der Situation von Kindern und Jugendlichen aus armen Verhältnissen befasst. Es zeigt, dass soziale Beschämung nicht nur von den Kindern aus „besseren“ Verhältnissen ausgeht, sondern auch schulstrukturell bedingt ist. Darum fordert sie die Abschaffung selektiver Schulstrukturen und eine pädagogisch gestaltete Ganztagschule mit kostenlosem Frühstück und qualifizierter Hausaufgabenbetreuung. „Wann findet Lernen statt?“, ein E-Mail-Interview mit dem Innsbrucker Pädagogik-Professor Michael Schratz, eröffnet den Blick auf die Frage nach der Lehrseitigkeit und der Lernseitigkeit von Schule. Wie oft im Alltag decken sich die Lehrbemühungen der Lehrkräfte nicht mit dem Lernerfolg der Kinder und Jugendlichen? Schratz plädiert für erhebliche Veränderungen von Schule und Lehrerbildung und steht ganz konkret der Praxis von Notengebung, Sitzenbleiben sowie der Hausaufgabenpflicht kritisch gegenüber.

Wie kann es sein, dass ein thematisch eigentlich „trockenes“ Buch doch so fesselnd wirkt? Die Sprache im Gespräch und selbst in der Beantwortung von E-Mail-Fragen ist einfach lebendiger als jene, die in einer geschliffenen Abhandlung geglättet und poliert worden ist. Als Leser fühlt man sich gelegentlich unmittelbar an der Kommunikation beteiligt. Die Distanz zum wissenschaftlichen Fachbuch schaffen dann jedoch immer wieder die zweisprachigen Zusammenfassungen am Beginn eines jeden Beitrags und die biografischen



Notizen samt Publikationshinweisen an ihrem Ende.

Dieses Interviewbuch ist für alle Schulpraktiker lesenswert, bereichert durch Informationstiefe und unterschiedliche Perspektiven und regt den Prozess des Nachdenkens über unser Bildungswesen bereichernd an. Die am Ende des Buches von Klaus Moegling und Catrin Siedenbiedel geäußerte Hoffnung auf Veränderungen der schulpädagogischen Praxis ist durchaus gerechtfertigt – es muss nur gelesen werden. ■

Detlef Träbert

Klaus Moegling, Catrin Siedenbiedel (Hrsg.): Ich würde die Hausaufgaben abschaffen ebenso wie das Sitzenbleiben. Prolog-Verlag, 189 Seiten ISBN: 978-3934575929 Preis: 22,80 Euro

Kitainklusion Wege zur gelingenden Umsetzung

Die Publikation bietet einen praktischen Einstieg in alle relevanten Aspekte der Kitainklusion. Sie verschafft einen unkomplizierten, reichhaltigen Beginn und verdeutlicht, welche Themen besonders beachtet werden sollen. Schwerpunkt ist der praktische Bezug und die Anwendbarkeit der Inhalte, u.a. unterstrichen durch mehrere Interviews mit Fachkräften aus dem Kitabereich. Konkrete pädagogische Ansätze und Spielsituationen finden genauso Platz wie Teamarbeit, Haltung und planerische Umsetzung von inklusiven Vorhaben.

Hänschel zeigt auf, dass der Spagat zwischen wissenschaftlichen Erkenntnissen über die Inklusion von Menschen mit unterschiedlichen Beeinträchtigungen und der praktischen Umsetzung in Kitas gar keiner sein muss. Fundiert und strukturiert werden so sowohl die Anliegen von Inklusion als auch deren Umsetzungsmöglichkeiten in der Kita deutlich. Damit wendet sich der Band auch an Wissenschaftler, primär aber an die Akteure „an der Basis“ (Erzieher_innen, Kitaleitungen, Eltern). Er zeigt, wie Inklusion in unterschiedlicher Geschwindigkeit umgesetzt werden kann, wie gute Vernetzung und Kooperationen entstehen und auf welchen Konzepten und Richtlinien dieser Prozess basiert. ■



(red.)

Karsten Hänschel: Kitainklusion Beltz Juventa, 96 Seiten ISBN: 978-3-7799-3742-5 Preis: 16,95 Euro



Depression überwinden

Peter Brills „Kompass“ zeigt auf, wie man eine Depression überwinden bzw. vermeiden kann



Wie man den Weg in Erschöpfung – Burnout – Depression vermeiden kann, dem wird in der Ausbildung zu den Lehrberufen, in der Erzieher_innenausbildung oder in pflegenden Berufen kaum Rechnung getragen. Dabei ist die Gefahr in diesen Berufszweigen besonders groß, dass gerade die besonders Engagierten schleichend über eine stete Überforderung in ein Hamsterrad geraten, das in einer schweren Depression enden kann. Es ist nicht einfach, in diesem Fall die richtige Hilfe zu finden.

Peter Brill als direkt Betroffener möchte an dieser Stelle helfen. Er hat den Mut gehabt, ein Buch über seinen Weg in die Depression und Wege aus der Krankheit heraus zu verfassen. Dieser Ansatz hat durchaus etwas für sich, denn jemand, der das Ganze aus eigenem Erleben kennt, kann am ehesten nachvollziehen und beurteilen, was sich im Innersten eines Menschen abspielt, wenn er in

dieser Krankheit gefangen ist. Und so jemand kann auch am ehesten konkrete Hilfen anbieten, bevor die Dinge sich auf gefährliche Weise zuspitzen. Immerhin ist die Depression die einzige psychische Erkrankung, die tödlich enden kann.

Dass die Zahl der Suizide immer noch viel zu hoch ist, das hat auch mit dem Stigma zu tun, mit dem diese Krankheit immer noch behaftet ist und die schuld ist daran, dass es Betroffenen so schwer fällt, dazu zu stehen und offener damit umzugehen. Im Falle, dass man selbst nicht mehr weiter weiß, vermag ein Betroffener anderen Betroffenen am besten aufzuzeigen, wo und wie man kompetente Hilfe finden kann. Denn viele kommen irgendwann an den Punkt, wo es ohne fremde Hilfe nicht mehr weitergeht.

Diesen Menschen mit konkreten Ratschlägen zu helfen, dieses Anliegen verfolgt der Autor Peter Brill mit seinem Buch zum Thema Depression. Er selbst hat – mit professioneller Hilfe – einen Weg aus der Depression gefunden und diesen Weg in seinem Buch beschrieben, wobei er sich aber nicht auf das eigene Handeln und Erleben beschränkt, sondern zu jedem Punkt weitere gute Alternativen aufzeigt. So kann man mit Hilfe dieses Ratgebers seinen eigenen Weg finden und ausprobieren.

Bestechend ist dabei die Ordnung und Übersicht, die Peter Brill für dieses komplexe Thema gefunden hat. Das Ganze, von der Darstellung der Hintergründe einer depressiven Erkrankung und der möglichen Ursachen bis zu konkreten Hilfsmaßnahmen, die prophylaktisch oder therapeutisch eingesetzt

werden können, ist derart systematisch aufbereitet, wie man es nur selten in der Fachliteratur findet, weshalb dieses Buch tatsächlich zu einem Kompass taugt, der Betroffenen Orientierung bieten und eine Richtung aus der Krankheit heraus zeigen kann.

Aber das Buch ist nicht nur vom Inhaltlichen her sehr hilfreich, sondern auch von seiner farblichen Gestaltung und der Bebilderung her ein sehr gelungenes Werk. Das Wichtigste aber scheint mir: Vor allem auch für Angehörige, die im Umgang mit den Erkrankten und mit deren Krankheit ganz schnell überfordert sind, kann Peter Brills Ratgeber tatsächlich eine Art Kompass sein, der dank der knapp gehaltenen, aber prägnant formulierten Einzelkapitel ein tieferes Verständnis ermöglicht und auf der dieser Basis eine entscheidende Hilfe zur Unterstützung der Erkrankten bieten kann.

Peter Brill leitet die gleichnamige Selbsthilfegruppe Kompass, die sich regelmäßig in Merzig trifft und in der er nach eben diesem Konzept, das er aus der eigenen Krankheitsgeschichte heraus entwickelt hat, seit Jahren erfolgreich mit den Teilnehmern arbeitet. Das dargestellte Konzept ist also in der Praxis erprobt und mit den Teilnehmer_innen, aber auch mit kompetenten Fachleuten gemeinsam bis zu dem Punkt weiterentwickelt worden, der sich uns nun in Buchform darbietet. ■

Rainer Meiers

Brill Peter: Mein Kompass – Wegweiser zur Gesundheit für Dich
Krüger Druck + Verlag, 160 Seiten
ISBN: 978-3-9818087-9-7
Preis: 15 Euro

Die Lehrer-Challenge

Es scheint eine Eigenheit des Lehrer_innenberufes zu sein, sich am Ende seiner Dienstzeit ‚berufen‘ zu fühlen, anderen mitzuteilen, was man gut oder vielleicht weniger gut gemacht hat. Auf dem Markt sind eine Reihe solcher Bücher und wie so oft im Leben gibt es gute und schlechte davon. Die Lehrer-Challenge von Autriche preist sich selbst als ‚Ein Wegbegleiter für alle, die gerne als Pädagogen wirken – möchten‘ und ist sogar ganz amüsant zu lesen. Denn die Aufteilung in einzelne, kurze und prägnante Kapitel gelingt gut

und versucht verschiedene Facetten des Lehrer_innendaseins zu beleuchten. Wenn, ja wenn da nicht der ständige Versuch wäre, mithilfe von negativen Beispielen die eigene Rolle auf Kosten anderer aufzuwerten und vor allem nicht das Abdriften in ein Vulgär-Vokabular, was am Anfang noch ganz witzig sein mag, auf die Dauer aber eher nervt.

Ich bin ein wenig unschlüssig, ob man eine Empfehlung aussprechen soll, könnte mir aber denken, dass die eine oder andere

Anregung sicherlich für junge Kolleg_innen wertvoll ist. Vielleicht darf man das Buch einfach nicht so ernst nehmen. ■

Matthias Römer

Autriche: Die Lehrer-Challenge
Schadinsky-Verlag
ISBN: 978-3-9818360-2-8
Preis: 12,90 Euro

DEUTSCHES INSTITUT
FÜR SERVICE-QUALITÄT
GmbH & Co. KG



1. PLATZ

Bank des Jahres
Überregionale Filialbanken

Kundenbefragung
Nov. 2017
6 Filialbanken
www.disq.de
Privatwirtschaftliches Institut

Jetzt
50 Euro
Startguthaben¹
sichern!

0,- Euro Bezügekonto²
der „Besten Bank“

¹ Für GEW-Mitglieder, Voraussetzung: Eröffnung Bezügekonto, Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied

² Voraussetzung: Bezügekonto mit Online-Überweisungen; Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied.

- ✓ Bundesweit kostenfrei Geld abheben an allen Geldautomaten der BBBank und unserer CashPool-Partner
- ✓ Einfacher Kontowechsel – in nur 8 Minuten
- ✓ Ausgezeichnete und zertifizierte Beratung im Abgleich mit der DIN SPEC 77222
- ✓ Vorteile für GEW-Mitglieder
 - 50,- Euro Startguthaben¹
 - Kostenfreie Kreditkarte Visa ClassicCard zum Bezügekonto



Vorteile für
GEW-Mitglieder!

BB Bank

Jetzt informieren:

In Ihrer Filiale vor Ort, unter Tel. 07 21/141-0
oder www.bbbank.de/gew

Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst